

1. MAI IN BERLIN

Der 1. Mai in Berlin beginnt um 9 Uhr mit Begrüßung und Musik vor dem DGB-Gewerkschaftshaus Keithstraße am Wittenbergplatz. Die Demos starten um 10 Uhr. Die Kolleginnen und Kollegen unseres Fachbereiches treffen sich dazu um 9.45 Uhr vor der Büchergilde. Der Demonstrationzug, einschließlich Skater-Demo, Motorrad- und Fahrradkorso, führt zum Brandenburger Tor. Auf der Bühne auf dem Platz des 18. März findet ab 11.30 Uhr die Mai-Kundgebung statt. Hauptrednerin ist Annelie Buntenbach vom DGB-Bundesvorstand. Anschließend wird das traditionelle Maifest mit Infomarkt gestaltet. Auf der Straße des 17. Juni schließt sich bis 19 Uhr ein Kinder-, Jugend- und Familienfest an.



Das beherrschende Thema am 26. März in Berlin: Auch die Delegierten der ver.di-Bundesfachbereichskonferenz forderten den schnellstmöglichen Ausstieg aus der Kernkraft und den sofortigen Wechsel zu erneuerbarer Energie. Foto: Chr. v. Polentz/transitfoto.de

GERECHT GEHT IMMER NOCH ANDERS

Prekäre Jobs und Leiharbeit eindämmen – Equal Pay und gleichberechtigte Teilhabe durchsetzen!

Zwischen Guttenberg-Affäre, Tsunami- und Atomkatastrophe in Japan, vermeintlichen oder echten Kehrtwenden, aber auch »Schicksalswahlen« hierzulande hatten es wichtige gewerkschaftliche Themen schwer, in die Schlagzeilen zu gelangen. Doch gab es einen Aktionstag Leiharbeit am 24. Februar, den 100. Internationalen Frauentag am 8. und den »Equal-Pay-Day« am 25. März. Alle drei zielten auf mehr soziale Gerechtigkeit, Teilhabe und Gleichbehandlung von Beschäftigten.

Solche Forderungen sind aktueller denn je. Allein in der Hauptstadt wurden seit 1995 rund 150.000 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze vernichtet. Zwischen 2000 und 2009 sank die Beschäftigung um 6,5 Prozent. Das Budget für aktive Arbeitsmarktpolitik hat die Bundesregierung im Zuge der Hartz-IV-Reform erneut gekürzt, in Berlin und Brandenburg um rund 28 Prozent. Statt auf Weiterbildung und Qualifi-

zierung, so kritisiert der DGB-Landesbezirk, sei überwiegend auf prekäre Arbeitsverhältnisse gesetzt worden, von denen die Beschäftigten nicht ordentlich leben können. Rund eine halbe Million Menschen in der Hauptstadt müssen mit weniger als

FRAUENTAG BLEIBT EIN TAG DER FORDERUNGEN

1.100 Euro netto im Monat auskommen und sind auf ergänzende Sozialleistungen angewiesen. Gegen diese Politik, die Arbeitskräfte zweiter und Menschen dritter Klasse etabliert, wandte sich auch ver.di auf über 300 Veranstaltungen beim Aktionstag, unter anderem bei einer Kundgebung vor dem Bundeskanzleramt.

»Gleicher Lohn für gleiche Arbeit« ist eine sehr alte Forderung. Auch eine, für die neben dem Wahlrecht

und menschenwürdig-kürzeren Arbeitszeiten schon zu Beginn der organisierten proletarischen Frauenbewegung gestritten wurde. Der Internationale Frauentag, 1911 erstmals begangen, ist zwangsläufig noch immer ein Tag der Forderungen. Um 23 Prozent, so wurde vielerorts erinnert – von ver.di-Chef Frank Bsirske auch vor 2.000 Kolleginnen im Berliner Friedrichstadtpalast – verdienen weibliche Beschäftigte in der heutigen Bundesrepublik auf vergleichbaren Arbeitsplätzen weniger als männliche Kollegen – eine Nachzüglerposition in Europa.

»Equal Pay« und gleiche Arbeitsbedingungen müssen auch für Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter gelten, vom ersten Tag ihres Einsatzes an. Nur gleiche Bezahlung verhindert weit verbreiteten Missbrauch, macht den massenhaften Einsatz als Dumpinginstrument unattraktiv. Gleiches Geld für Leiharbeitskräfte nach dem geltendem Tar-

rifvertrag der Branche fordern Beschäftigte und ver.di deshalb auch in der aktuellen Tarifrunde der Druckindustrie (siehe Seite 3).

HELMMA NEHRlich

SCHWERPUNKT INTERNATIONALES

Das Sprachrohr ist die Mitgliederzeitung des ver.di-Landesfachbereiches Medien, Kunst und Industrie und damit in der Region zu Hause. Mit Bundes- und EU-Politik befassen sich andere ver.di-Publikationen. Doch diese Ausgabe macht eine Ausnahme. Viele aktive Mitglieder aus Berlin und Brandenburg bewegen sich als Interessenvertreter auch auf internationalem Parkett, denken und handeln global. Das zieht sich als roter Faden durch diese Sprachrohr-Ausgabe.

Die ver.di Tarifkommissionen für die Druckindustrie und für die Redakteurinnen und Redakteure an Tageszeitungen und Zeitschriften haben ihre Tarifforderungen beschlossen. In der Druckindustrie wird eine 5,5 prozentige lineare Entgelterhöhung gefordert, für die Redakteurinnen und Redakteure an Tageszeitungen und Zeitschriften besteht eine 4 prozentige Gehaltsforderung.

Die Arbeitgeber haben ihre Gegenforderung aufgemacht und weisen die Entgelterhöhung natürlich zurück. Eines der Argumente, das von den Arbeitgebern gegen Tarifierhöhungen ins Feld geführt wird, ist das der Inflation. Wenn man dieses Argument aber näher beleuchtet, so muss man feststellen, dass die Tarifsteigerungen für Redakteurinnen und Redakteure in der letzten Dekade unter der Inflationsrate blieben und im Bereich der Druckindustrie knapp an diese Grenze heranreichten. Die Verbraucherpreise stiegen zuletzt um gut zwei Prozent, Tomaten kosten die Hälfte mehr, Gurken, Kartoffeln und Zwiebeln verteuerten sich um bis zu 30 Prozent, und an den Zapfsäulen liegt der Preis für den Liter Benzin inzwischen bei über 1,50 Euro. Inflationsängste sind aber völlig unbegründet. Man denke an die 1920er Jahre zurück: Inflation bedeutet, dass sämtliche Preise auf

AUF EIN WORT

TARIFLOGIK: HÖHERE PREISE, HÖHERE LÖHNE

ANDREAS KÖHN, LEITER DES VER.DI-LANDESFACHBEREICHES
MEDIEN, KUNST UND INDUSTRIE BERLIN-BRANDENBURG



Foto: Chr. v. Polentz/transifoto.de

breiter Front und beträchtlich in die Höhe klettern. Der jüngste Preisschub geht auf steigende Rohstoff- und Nahrungsmittelpreise zurück.

DIE KAUFKRAFT AUF DEM STAND VON 2000

Diese Preise aber können für die Gewerkschaften bei der Lohn- und Gehaltsentwicklung der letzten zehn Jahre kein Grund zur Bescheidenheit sein – im Gegenteil! Die Warnung der Arbeitgeber vor einer drohenden

Lohn-Preis-Spirale ist ein ökonomisches Märchen. Denn kräftige Tariflohnsteigerungen lassen die Preise nicht automatisch in die Höhe schnellen. In der Marktwirtschaft entscheiden noch immer die Unternehmer darüber, ob sie ihre Preise erhöhen. Mit der Abwälzung der steigenden Personalkosten auf die Preise sichern sich die Unternehmen lediglich ihre sprudelnden Gewinne. Auch im europäischen Vergleich seit 2000 liegt die Einkommensentwicklung der deutschen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer deutlich hinteran. Gegenüber ihren französi-

schen, italienischen und spanischen KollegInnen haben deutsche Beschäftigte in den vergangenen zehn Jahren weniger Einkommenssteigerungen bekommen.

Mehr noch: Im Vergleich zur Produktivitätsentwicklung und der Inflationsrate liegt die Kaufkraft deutscher Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer immer noch auf dem Niveau des Jahres 2000! Wenn man den Arbeitsmarkt betrachtet, hat die Lohnzurückhaltung der letzten zehn Jahre den Beschäftigten auch keine Sicherheit für ihre Arbeitsplätze gebracht. Die Zahl der prekären Arbeitsverhältnisse ist deutlich gestiegen, die Zahl der Leiharbeiter hat sich verzehnfacht und die Arbeitslosenzahlen haben sich nicht wesentlich verändert.

Somit sind spürbare Lohn- und Gehaltsforderungen und die Ablehnung der Verschlechterung für die Manteltarifverträge die richtige Antwort auf diese Entwicklung. Um echte Steigerungen durchzusetzen, sind natürlich gewerkschaftliche Solidarität und Kampfkraft gefragt.

Tariferfolge lassen sich nur erreichen, wenn sich jede Kollegin und jeder Kollege auch hinter die Forderung ihre Gewerkschaft stellt und zu Kampfmaßnahmen bereit ist. Es gibt nichts zu verschenken, aber viel zu gewinnen! ■

»Keine Einmischung!«

Die Revolution in Tunesien und der Gewerkschaftsbund UGTT

In Tunesien entwickelt sich – anders als in Ägypten oder Libyen – eine Revolution, die geprägt ist vom Kampf der Arbeiterschaft und Jugend. Der Protest stützt sich wesentlich auf den Gewerkschaftsbund UGTT. Unter dem Diktat des IWF, dessen treuer Diener der korrupte Diktator Ben Ali war, und mit dem Assoziationsabkommen, das Tunesien mit der EU abgeschlossen hat, war den Multis der Weg geöffnet für die Privatisierung der nationalen Betriebe, die Ausplünderung des Landes und die Überausbeutung einer ihrer Rechte beraubten Arbeiterschaft. Die tunesische Wirtschaft wurde in den Ruin getrieben.

Arbeiter und Jugendliche bildeten mit Ausbruch der Revolution im ganzen Land »Komitees zur Verteidigung der Revolution«, die mit den Gewerkschaftsgliederungen der UGTT verbunden waren und sich in

den UGTT-Büros versammelten. Die Forderung nach der Wahl einer verfassungsgebenden Versammlung, in der sich der Kampf für den Sturz des alten Regimes, für das Recht des Volkes auf Selbstbestimmung und nationale Souveränität ausdrückt, rückte immer mehr ins Zentrum der Kämpfe. Damit verbunden wird ein Bruch mit den Diktaten von IWF und EU verlangt.

Am 21. Januar 2011 verabschiedete der geschäftsführende UGTT-Vorstand die eindeutige Erklärung, dass er keine Regierung akzeptieren und anerkennen wird, in der Mitglieder des alten Regimes vertreten sind. Dennoch erkannte der UGTT-Vorstand die von Mohamed Ghannouchi etablierte Übergangsregierung an. Das löste den Protest vieler Einzelgewerkschaften aus, etwa der Lehrer- und Postgewerkschaft und vieler lokaler und regi-

onaler Gliederungen. Eine Gegenbewegung erfasste das ganze Land. Die gewerkschaftliche Basis des UGTT, die von Anfang an ihren Platz in der revolutionären Bewegung des Volkes und im Kampf der Ko-

BASIS ZWANG DIE FÜHRUNG UMZUDENKEN

mitees für die Verteidigung der Revolution eingenommen hat, hatte die Kraft, die Führung des UGTT aus jeder Form der Kooperation mit den Kräften des alten Regimes herauszureißen.

Es war die Bewegung des Volkes, gestärkt durch ihre Verankerung in den »Komitees für die Verteidigung der Revolution« und dem Gewerkschaftsbund UGTT, die den neuen Ministerpräsidenten Essebsi ge-

zwungen hat, Wahlen zur verfassungsgebenden Versammlung für den 24. Juli anzukündigen. Im Zentrum der anwachsenden Streikwelle und der Demonstrationen stehen Forderungen nach Lohnerhöhung, Umwandlung der prekären Arbeitsverhältnisse im öffentlichen Sektor in reguläre Arbeitsverträge und die Wiederverstaatlichung der Unternehmen und Banken, deren Direktoren von den Aufständischen verjagt wurden.

»Keine Einmischung! Raus mit den »Experten« der europäischen Institutionen aus Tunesien und Ägypten! Es ist Sache der Völker in Tunesien und Ägypten und allein ihre Sache, frei über ihre Zukunft zu entscheiden!«, fordern Gewerkschafter aus vielen europäischen Ländern in einem Offenen Brief u.a. an die Vertreter der Fraktionen des Europäischen Parlamentes. Dort war mit einer Resolution eine Einflussnahme der EU-Kommission auf tunesische Angelegenheiten unterstützt worden.

GOTTHARD KRUPP

Nähere Infos: GotthardKrupp@t-online.de

100-mal Medienkultur

MedienGalerie zeigte fotografische Momentaufnahmen aus der Arbeitswelt



Optische Werke Rathenow: Moderne Arbeitswelten wirken merkwürdig kühl.

Fotograf: Maichel Dutta

Zum Jubiläum gab es keinen Champagner, sondern einen etwas schwer im Magen liegenden, jedoch gehaltvollen Leckerbissen: Die Fotoausstellung »Moderne Zeiten – Momentaufnahmen aus der Arbeitswelt«, welche die ver.di-MedienGalerie im Kreuzberger Haus der Buchdrucker vom 4. März bis 21. April zeigte, war dort die 100. Ausstellung überhaupt. Sicher kein Zufall, dass

ihren vielen Monitoren wirken sie nebensächlich, irgendwie einsam. Und nicht nur das Foto »Kälteschutz für Technik und Kameramann« von Manfred Krause, auf dem sich ein bis zur Unkenntlichkeit verummter Mensch Schneegestöber und Eiskristallen erwehren muss, strahlt Kälte aus. Auch das Bild »Optische Werke Rathenow« von Maichel Dutta wirkt merkwürdig kühl. Obwohl hier viele Arbeiterinnen und wenige Arbeiter dicht an dicht in sommerlicher Kleidung ihrer Tätigkeit nachgehen, scheint es keine Verbindung zwischen ihnen zu geben. Die Arbeit in der sterilen Halle erfordert Konzentration, erzeugt Anspannung, verhindert Kommunikation.

Eröffnet hatte die Ausstellung Matthias Gottwald, Vorsitzender des dju-Landesvorstands Berlin-Brandenburg. Sein Dank richtete sich anlässlich der 100. Ausstellung vor allem an die Landesfachbereichsvorsitzende Constanze Lindemann, die sich dort seit 16 Jahren unermüdlich engagiert. Doro Zinke, Vorsitzende des DGB-Bezirks Berlin-Brandenburg, sprach Grußworte. Sie lobte die Idee, einmal Fotos auszustellen, die sonst in den Tageszeitungen nur als Füllmaterial dienten. Man könne aus den Fotos viel darüber ablesen, wie es in der realen Arbeitswelt in Berlin und anderswo aussieht. Die Haltung in den Bildern passe gut zu den Intentionen des DGB. Der kriti-

siere, dass etwa das Land Berlin seine Post weiter über die nicht tarifgebundene PIN-AG verschickt – dargestellt in einem Foto von Dutta. Ebenfalls verwerflich sei es, wenn ein vorhandener Mindestlohn unterlaufen wird: Ein Zimmermädchen – zu sehen auf einem Foto von Röttgers – müsse eine bestimmte Anzahl von Räumen in einer Stunde herrichten. Brauche es länger, werde dies nicht bezahlt.

Von der IG Medien vor 16 Jahren gegründet, »soll die MedienGalerie dem allgemeinen Trend des Kultur-

MEDIENGALERIE ALS BEGEGNUNGSSTÄTTE

abbaus entgegnetreten, soll als Begegnungs- und Gesprächsstätte kulturelle, mediale und politische Themen verbinden«, heißt es in der Selbstdarstellung. Zwar koste es Schweiß und Mühen, kontinuierlich Ausstellungen in Verbindung mit Veranstaltungen zu planen, zu organisieren und zu produzieren und die alte Forderung nach »Recht auf Arbeit, Recht auf Kultur« mit Leben zu füllen. Aber es lohnt sich. Doro Zinke hob den Wert der MedienGalerie als Begegnungstätte für Mitglieder der ver.di-Ortsvereine hervor. Ähnliche Orte wünsche sie sich auch in anderen Bezirken. UTE C. BAUER

TARIF-NEWS I

Druckindustrie fordert 5,5 Prozent mehr

In der aktuellen Tarifrunde fordert ver.di für die bundesweit etwa 160.000 Beschäftigten der Druckindustrie 5,5 Prozent mehr Lohn und Gehalt. Die große Tarifkommission hat außerdem Mitte März beschlossen, gleiche Bezahlung und gleiche Arbeitsbedingungen für in der Druckindustrie eingesetzte Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter zu verlangen. Außerdem werde man sich gegen die Angriffe der Arbeitgeber auf den Manteltarifvertrag zur Wehr setzen und Forderungen für altersgerechtes Arbeiten in die Verhandlungen einbringen. Die Tarifrunde startete voraussichtlich am 13. April.

Abschluss bei Buchhandel und -verlagen

Für die Beschäftigten in den Buchverlagen und im Buchhandel in Berlin und Brandenburg konnte Anfang März ein Tarifabschluss durchgesetzt werden. Die ver.di-Verhandlungskommission stimmte in der zweiten Runde und nach Aufstockung durch die Arbeitgeber einem Vertrag mit einer Laufzeit bis 31. Dezember 2012 zu. Er regelt eine Einmalzahlung von 200 Euro, die im Mai 2011 zu zahlen ist, sowie eine Entgelthöhung in zwei Stufen: 2,1 Prozent ab 1. Juli 2011 und weitere 1,2 Prozent ab 1. Januar 2012. Azubis und Beschäftigte in Betrieben mit unter neun Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern erhalten eine Einmalzahlung von 50 Euro. Auszubildendenvergütungen erhöhen sich ab 1. Juli 2011 um monatlich zehn Euro.

Höhere Nachtzuschläge beim Kino Babylon

Ab 1. April erhalten die Beschäftigten der Neuen Babylon GmbH in Berlin-Mitte mit einem Nachtrag zum Haustarifvertrag höhere Nachtzuschläge. Bisher galten 1,50 Euro pro Stunde, jetzt 50 Prozent des Stundenlohnes. Der Beginn der zuschlagspflichtigen Zeit wurde von 24 auf 23 Uhr vorverlegt. ver.di sieht das als neuen Schritt zur Angleichung an den Flächentarifvertrag. ■

GEMÜTLICHKEIT KOMMT HIER NICHT AUF

sie sich ein solches ureigenes Gewerkschaftsthema vorgeknöpft hatte. Zu sehen waren 15 Arbeiten von drei Fotografen, die im Rahmen eines dju-Fotowettbewerbs eingereicht worden waren. Aufgabe war es, die Palette der Berufe von ver.di-Mitgliedern und deren veränderte Rahmenbedingungen darzustellen.

Gemütlich ist die moderne Arbeitswelt nicht. Auf den meisten Fotos treten die Menschen in den Hintergrund, scheinen eine untergeordnete Rolle zu spielen. Sie verschwinden fast hinter den übermächtigen Maschinen und Geräten, die sie bedienen. Oder sind die Menschen selbst hier die Dienenden? Ein Bild des freien Stuttgarter Fotografen Joachim Röttgers etwa zeigt zwei Beschäftigte in der EnBW-Schaltzentrale. Hinter

Schubladen erneut aufgezogen

11. Lesemarathon des Berliner VS bot sechs thematische Abende



Buchhändler Klaus-Peter Rimpel (rechts) wird von -ky (Horst Bosetzky) für sein Engagement mit einem Pokal beschenkt. Foto: Ch. v. Polentz/transiffoto.de

Der bereits 11. Lesemarathon des Berliner Verbandes Deutscher SchriftstellerInnen (VS) lockte in diesem Frühjahr mit sechs thematischen Veranstaltungen. Die Lesungen – traditionell nach »Schubladen« gegliedert, aus denen bereits erschienene oder gedruckte Texte hervorgezaubert wurden – begannen am 21. März in der »Dorotheenstädtischen Buchhandlung« und endeten am 25. März mit zwei Veranstaltungen in Bibliotheken. Insgesamt 38 Autorinnen und Autoren boten Lese

HAPPY-END-GESCHICHTEN

Heiter sollte es zugehen an dem Abend unter dem Motto »Friede, Freude, Eierkuchen« und das gelang: Es konnte bei Alltags- und Kriminalgeschichten und einigen Versen zur Auflockerung gelächelt, geschmunzelt und gegrinst werden, ein echter Schenkelklopfer war allerdings nicht dabei. Highlights des Abends waren für etliche Besucher wohl die schmackhaften Eierkuchen, die der vom VS mit einem Pokal geehrte Buchhändler Klaus-Peter Rimpel auftischen ließ, für mich war es die intim-freundliche Moderation durch Jan Eick. Und dass sich die Zuhörer durch Elke Querbeet sogar zum Mitmachen animieren ließen. Insgesamt ein Abend, der dem kalendarischen Frühlingsbeginn gemäß mild stimmte.

Es lasen: Doris Bewernitz, Jan Eick, Wolfgang Fehse, -ky, Elke Querbeet und Gerd Schumacher. NEH

MENSCHEN, TIERE, MERKWÜRDIGES

Tiere und andere Merkwürdigkeiten quollen aus der nächsten Schublade.

Öfter spielte ein Hund – bekanntlich der beste Freund des Menschen – die Hauptrolle, auch Füchse, Katzen und sogar ein Gespenst bevölkerten das »Habbema« am Prenzlauer Berg. Bewegend die Geschichte »Marx und Moritz« von Silke Riemann: Sie schildert die innige Freundschaft zwischen Schäferhund Marx und dem einsamen kleinen Jungen Moritz in den letzten Tagen des zweiten Weltkriegs. Der Hund bedeutet dem Jungen alles, ist ihm emotionaler Rettungsanker im Taumel zwischen Luftschutzkeller, Wohnküche und Schuttbergen. Am Ende verhindert Marx, dass Moritz auf eine Mine tritt.

Die Keller-Location mit ihren weiß getünchten Ziegelwänden besaß Atmosphäre. Allerdings hätten einige Besucher mehr der Veranstaltung gut getan. Stutzig machte auch das Verhalten der Lesenden selbst: Fast alle hatten nach getaner Arbeit noch Wichtiges vor und machten sich rasch aus dem Staub.

Es lasen: Hans-Jochen Frühauf, Ulrich Karger, Marina Krug, Christina Koenig, Harald Linstädt, Silke Riemann, Hanah Thiede, Michael-André Werner. UCB

FREMDE UND VERTRAUTE

Man reist in ein fremdes Land, will das Eigene hinter sich lassen, sich davon erholen und begegnet ihm in anderer, fremder Kulisse aber immer wieder. Dieses Thema – umrahmt mit Musik von Eric Satie, moderiert von Dorle Gelbhaar – griffen fünf Autoren auf unterschiedlichste Weise auf.

Zwischen den bunten Buchrücken der Kinderbibliothek in der Pankower Stadtbücherei fällt die wallend schwarz gekleidete, blasse Monika

Nardon besonders auf. Wo gehör ich hin? fragt sie im ersten Gedicht. Auf der Suche nach »der Luft zum Atmen« ist sie durch die Welt gereist, hat viel Missgunst und Verrat erfahren, ist Muslimin geworden. Ihre Gedichte über Kinder berühren und erschüttern direkt – bis ins tiefe Innere: »Kriegskinder – tote Kinder, Fliegen verlassen die offene Wunde, Ameisen kriechen aus offenen Augen... Offene Münder. Erlöst uns, denn wir werden täglich mehr!« Fast 20 Zuhörer waren freundlichst empfangen und bewirtet worden.

Es lasen: Tilo Ballien, Miriam Eberhard, Leonhard Kossuth, Monika Nardon, Jutta Rosenkranz. HEF

VERWANDLUNGEN I: GEHEIMNISSVOLL UNGEWISSES

Passend zum Ort – der Zentrale der Otto-Berg-Bestattungen – standen Verwandlungen, Vorahnungen und Nahtoderlebnisse im Mittelpunkt. Gelesen wurden Auszüge aus einer lyrischen und zwei mystischen Kurzgeschichten, einer Satire und einem politischen Theaterstück. Salean A. Maiwald beschrieb eine radikale Performance. Die Protagonistin – in einem Sarg liegend – filmt die Trauergäste ihrer eigenen, inszenierten Totenfeier. Bei der Feststellung, dass nichts Besonderes, nichts Originelles die Trauergäste auszeichnet, schließt sich der Sargdeckel über ihr...

Das Gelesene weckte Gefühle des geheimnisvoll Ungewissen, des nicht Vorstellbaren und doch auf jeden von uns Zukommenden – unterstrichen von der Atmosphäre des Raumes mit seinen Kandelabern und den wenigen Gästen, die wie verloren wirkten. Auch die Titel der Beiträge blieben leider im Dunklen. Und doch hatte alles eine gewisse Intimität, stimmte sehr nachdenklich.

Es lasen: Jürgen Gross, Reinhard Kettner, Salean A. Maiwald, Waltraud Schade, Sybil Volks. CHRA

VERWANDLUNGEN II: ÜBERGÄNGE DES LEBENS

Der zweite Abend zum Thema Verwandlungen thematisierte sowohl Entwicklungsprozesse im industriellen Sinne als auch verschiedene Verwandlungen und Übergänge des Lebens. Das eindeutige Highlight der Lesung war Ralf G. Landmessers Text

»Der falsche Osterhase«, in welchem er eine gewöhnliche Situation – eine junge Familie mit zwei Kindern feiert Ostern – humorvoll und spritzig umsetzte – allerdings überlebt der Hase leider nicht. Insgesamt betrachtet, war nicht bei jedem Lesenden das Thema der Verwandlungen sofort eindeutig zu erkennen, was aber auch den nur sehr kurzen Auszügen aus den Texten zugeschrieben werden muss. Dennoch oder gerade deswegen war die Umsetzung des Themas sehr facettenreich und zu keinem Zeitpunkt uninteressant.

Es lasen: Brigitte Hähnel, Florian Havemann, Ursula Kramm-Konowalow, Ralf G. Landmesser, Sarah Mondegrin und Matthias Penzel. JH

VERWANDLUNGEN III: TÜREN ÖFFNEN ODER SCHLIESSEN

Ich verwandle mich, also bin ich! Die Autoren näherten sich diesem Credo aus historischer, kriminalistischer, pflegerischer, wissenschaftlicher und humoristischer Sicht oder nur einfach in einem Text. Verwandlungen können ängstigen oder neue Türen öffnen, wie in Gunnar Kunz' Geschichte vom »Blauen Montag«: Quentin kam aus irgendeinem Land weiter im Osten ins Dorf. Zuerst färbten sich an einem Montag seine Fingerspitzen blau. Die blaue Farbe stieg in Streifen den Hals hoch, färbte den



Eine von 38: Doris Bewernitz liest. Foto: Chr. v. Polentz/transiffoto.de

ganzen Körper. Das griff weiter um sich. Nach 14 Tagen wurde auf der Krisensitzung im »Ochsenkrug« das Dorf durch eine Quarantänegrenze in zwei Hälften geteilt.

Der Abend war interessant und abwechslungsreich. Die Zuhörer in dem noblen Puttensaal der Bibliothek am Luisenbad im Wedding applaudierten reichlich.

Es lasen: Barbara Ahrens, Ruth Fruchtmann, Petra Gabriel, Dorle Gelbhaar, Gunnar Kunz, Birgit Ohlsen, Ilke S. Prick, Charlotte Worjitzky. HEF

Mehr Pflicht in die kulturelle Kür!

ver.di-Kunsthochgruppen checkten Wahlprüfsteine bei den kulturpolitischen Sprechern der Parteien

Wie weiter mit der Kultur und Kunst in Berlin nach den Wahlen 2011? Das war die Grundfrage der Podiumsdiskussion, zu der die Kunstfachgruppen des ver.di-Landesbezirks am 30. März 2011 die kulturpolitischen SprecherInnen der Abgeordnetenhaus-Frakturen eingeladen hatten. Kultur gehört, das wird angesichts notorisch knapper Kassen immer wieder betont, nicht zu den Pflichtaufgaben von Staat und Kom-

ten, gestärkt, gestützt« werden, auch im privaten Kulturbetrieb sollte »in vollem Umfang Tarifrecht gelten.« »Mehr Transparenz« wünschte sich die Grüne Alice Ströver. Je ferner eine Institution sich von öffentlicher Kontrolle befände, desto schwieriger sei es auch für das Parlament, »seine schützende Hand« über sie zu halten. Akut Strukturen zu verändern, sah der Liberale Volker Thiel keinen Anlass. Die künstlerische Ausrichtung

wünschte die Rückkehr in einen landeseigenen Betrieb. Braun regte an, dort »Einfluss durch die Vergabe der Haushaltsmittel« zu nehmen. Dass sich die »fantastische Tanzszene« in Berlin gegenwärtig »selbstkannibalisieren«, hielt der FDP-Mann für unhaltbar, schloss aber aus, dass künftig mehr Geld zur Verfügung stehen werde. – Längst nicht alle Fragen waren beantwortet – doch waren die Schriftsteller an der Reihe, als ver.di-Sekretärin Sabine Schöneburg vorschlug, vor den Wahlen noch eine Diskussion allein zu Theatern und freier Szene anzubieten.

Der VS hat erfolgreich den Lesetopf – einen Finanzfonds für Schriftsteller-Lesungen in Schulen – angeregt und wollte wissen, ob er ausgeweitet werden könne. Über die Erhaltung waren sich alle kulturpolitischen Sprecher einig. »Aufstocken, nein!«, erklärte die FDP, »wenn möglich, erhöhen« die Linke, »versuchen aufzustocken«, meinte die SPD. B'90/

tion zu bessern sei und ob ein Tarifvertrag für arbeitnehmerähnliche Freie unterstützt werde, interessierte die Musikfachgruppe. Schichtweg als »Katastrophe« bezeichnete Wolfgang Brauer das Niveau einer Angleichung zwischen früher zumeist mit Festangestellten arbeitenden Musikschulen im Ostteil und der Vielzahl von Honorarkräften im Westteil. Da hier die klammern Bezirke zuständig sind, gehe es um »verbindliche Mindeststandards«. Die CDU wollte davon nichts wissen, »Flexibilität« dank Honorar-Lehrkräften pries die FDP. Statt sich für einen »Hungerlohn verdienen zu müssen«, forderte die Grünen-Frau ein »unterhaltssicheres Honorar«. Der Bericht einer Expertenkommission habe einen Finanzbedarf von 1,5 Mio Euro ermittelt, die Umsetzung werde aber im Senat blockiert.

Ob bildenden KünstlerInnen eine Vergütung zustehe, sofern sie eigene Werke für öffentliche Ausstellungen



Auf dem Podium: Wolfgang Brauer, Alice Ströver, Moderator Dr. Wolfgang Giornus, Brigitte Lange, Michael Braun und Volker Thiel (v.i.n.r)

munen, doch die Gewerkschafter forderten bereits im Motto »mehr Pflicht in der Kür«.

Die Vorstände der Fachgruppen hatten den Politikern jeweils eine spezielle Frage vorgegeben. Im ersten Komplex war nach der Struktur von Theatern und Bühnen gefragt und Tarifbindung angemahnt. Brigitte Lange, kulturpolitische Sprecherin der SPD, versicherte, dass sowohl die Strukturen der landeseigenen Kultureinrichtungen, Orchester und Bühnen als auch die Opernstiftung erhalten bleiben. An weitere GmbH-Gründungen sei nicht gedacht, man freue sich über den Tarifvertrag der nichtkünstlerischen Opernbeschäftigten. CDU-Kollege Michael Braun beklagte ein »heilloser Durcheinander« der kulturellen Strukturen, an das sich aber wegen der Finanzierungsnot niemand ordnend heranwage. Alle Einrichtungen hätten ihre Spezifik, die CDU wolle vor allem »künstlerische Freiheit erhalten«. Bei der tarifliche Anbindung der Beschäftigten zeige sich jedoch »die Situation ganz anders«. Wolfgang Brauer, Die Linke, bekannte sich zur »bestehenden Kulturlandschaft«; sie teile sich in überwiegend öffentlich finanzierte Betriebe und private, die sich um Fördertöpfe bewerben müssen. Alle Einrichtungen müssten »erhal-

sei Sache der Häuser. Zur tariflichen Anbindung sei die Position eindeutig: »Die FDP will Haustarifverträge!«

Das Publikum saß in den Startlöchern: Beschäftigte fürchteten mit dem absehbaren Abgang von Claus Peymann um die Sicherheit der rund 200 Arbeitsplätze des Berliner En-

NICHT GEGENEINANDER AUSSPIELEN LASSEN

sembles. Kollegen aus den Werkstätten des Maxim-Gorki-Theaters sahen die Gefahr, perspektivisch dem Bühnenservice der Opernstiftung angegliedert zu werden. Auf »enorme Probleme« im Neubau der Zentralwerkstatt der Opernstiftung wiesen dort Beschäftigte hin und forderten, endlich einen Geschäftsführer einzusetzen. Eine Kollegin sprach für freie TänzerInnen und KleindarstellerInnen, deren Gagen immer weiter sinken und selbst zwischen den Opernhäusern differieren. Die »unsägliche GmbH« des BE und die Tatsache, dass so jährlich öffentliche 11,5 Mio. Euro »in einen autokratisch geführten Ein-Mann-Betrieb« gelangten, kritisierte Ströver. Die Konstruktion am BE sah auch Lange als »historisch entstandenen Fehler«,



Längst nicht alle kamen ausführlich zu Wort

Fotos: Ch. v. Polentz/transitfoto.de

Grüne wollen weiterhin eine »ordentliche Ausstattung«, aber zunächst einen »qualitativen Erfahrungsbericht«. Die energische Bitte, den Topf auch für gemeinnützige Vereine nutzbar zu machen, äußerten VS-Mitglieder. Der Vorschlag, doch wieder eine Art »Kulturgröschen« als Einige-Cent-Zuschlag auf Theater- und Konzertkarten einzuführen, spaltete das Podium: »Dezidiert dagegen« war die CDU, die Grünen erinnerten an den eigenen Vorschlag einer »Kultursteuer«, und der Linke-Sprecher wollte keine Garantie übernehmen, dass solche Gelder wirklich zweckgebunden landen würden.

Die überwiegend prekären Arbeitsverhältnisse der zumeist freien MusikschullehrerInnen bildeten den Hintergrund für Frage 3. Wie die Situa-

gen zur Verfügung stellen, und wie insgesamt die soziale und finanzielle Situation von MalerInnen und BildhauerInnen verbessert werden könnte, war die abschließende Frage. »Zweckgebundene Gelder« wollte Lange dafür zur Verfügung gestellt sehen, willig, aber beinahe ratlos angesichts der »Schuldenbremse« zeigte sich Ströver. Gegen die »Stiefkindrolle« der bildenden Kunst in Berlin kämpften mehrer Diskussionsredner an, die einen Blick »auf das Große Ganze« anmahnten und forderten »anders in den Sektor hinein zu investieren«. Der Linke-Sprecher mahnte, KünstlerInnen sollten sich nicht gegeneinander ausspielen lassen. »Halten Sie zusammen!«, riet auch CDU-Mann Braun, und: »Seien Sie verständig!«

NEH



Ausbildung im OSZ Druck- und Medientechnik ...

Michael Brockhaus ist Gewerkschafter aus Leidenschaft. Sonst würde der 63-jährige Verlagskaufmann neben seiner Tätigkeit bei »De Gruyter« sicher nicht noch seit mehr als dreißig Jahren immer wieder eine fordernde Aufgabe übernehmen: Er gehört für die Arbeitnehmerseite dem Prüfungsausschuss an, vor dem zweimal jährlich angehende Medienkaufleute ihr Wissen und Können unter Beweis stellen.

»Ich bin jetzt zum letzten Mal als Mitglied des Prüfungsausschusses bestellt worden«, erzählt Michael Brockhaus. »Und dabei werde ich sogar das Rentenalter im Bestellungszeitraum erreichen.« Doch es hapert an Nachwuchskräften für die ehrenvolle, aber nicht gerade ertragreiche Tätigkeit als Prüfer. Der Verlagskaufmann, der schon zu HBV-Zeiten schriftliche Arbeiten korrigierte und mündliche Prüfungen im Ausschuss mit abnahm, wirbt im eigenen Verlag für die Übernahme der Aufgabe. »Doch entweder haben die Kolleginnen und Kollegen keine Zeit, oder sie wollen von vornherein nicht ver.di-Mitglied werden.«

Nachwuchssorgen bei Prüfern

ver.di kann längst nicht mehr alle Plätze in Prüfungsausschüssen besetzen

Nicht allein bei den Medienkaufleuten fehlt es an Nachwuchs für die Prüfungsausschüsse. Auch bei den Medienfachwirten und Veranstaltungstechnikern sind neue PrüferInnen Mangelware, wie Dietrich Peters von ver.di Berlin-Brandenburg weiß. »Ich habe mir schon viele Absagen geholt. Daneben hat aber auch nicht jeder, der in diesem Bereich arbeitet und ver.di-Mitglied ist, automatisch die Qualifikation für das Amt.« Kann die Arbeitnehmerseite den ihr zustehenden Posten im Ausschuss nicht besetzen, behilft sich die zuständige Kammer, also etwa die IHK, mit einer Ersatzkraft, oftmals aus dem pädagogischen Bereich.

Bedauerlich findet das auch Daniel Wucherpfennig vom DGB Ber-

lin-Brandenburg, denn grundsätzlich sind alle Prüfungsausschüsse paritätisch mit einem Arbeitgeber, einem Arbeitnehmer- und einem staatlichen Vertreter, in der Regel einer Lehrkraft, besetzt. »Leider ist es gerade in den jungen Ausbildungsgängen besonders schwer,

entsprechenden Berufe in den Prüfungen zu repräsentieren. Seit etwa anderthalb Jahren forciert der DGB Berlin-Brandenburg die Nachwuchsgewinnung für Prüfungsausschüsse. »Prädestiniert sind jüngere Gewerkschafter, die etwa in der Jugend- und Auszubildendenvertretung aktiv waren. Diese Kollegen sprechen wir zum Teil durchaus mit Erfolg an.« Gleichwohl seien auch mit dieser Rekrutierungsoffensive nicht alle Posten abzudecken.

Kein Wunder, gibt es doch rund 340 Ausbildungsberufe und – je nach Stärke des Ausbildungsjahrgangs – bis zu 10.000 Prüfungsausschüsse in Berlin-Brandenburg. Jedes Jahr sind Neubesetzungen fällig, aber nicht immer mit Erfolg möglich. 2009 etwa konnten der IHK aus dem Fachbereich Medien vier Prüfer für den Ausbildungsberuf Mediengestalter Digital/Print, zwei für den Bereich Drucker, zwei für Fachkraft Veranstaltungstechnik und einer für Buchbinder gemeldet werden, wie Petra Griesbach vom DGB Berlin-Brandenburg weiß. Sie »sammelt« die Nominierungen für die Prüfungsausschüsse aus den verschiedenen Gewerkschaften und leitet sie an die IHK weiter.

»Es ist eine spannende Tätigkeit«, findet Michael Brockhaus. Ohne eine eher idealistische Einstellung lässt sich das Prüferamt kaum über einen längeren Zeitraum ausüben. Denn immerhin umfasst ein Abschlussjahrgang bis zu 35 Prüflinge, sind etliche Stunden für die Korrektur der Arbeiten und für die Abnahme der mündlichen Prüfungen einzukalkulieren. Im Gegenzug gibt es eine kleine Aufwandsentschädigung. »Das stellt aber bestimmt nicht den Anreiz dar«, sagt der Verlagskaufmann. Es gilt also, den Lohn in der Prüfungstätigkeit an sich zu erkennen.

Immerhin gibt es auch im Fachbereich Medien Teilbranchen, die ohne Nachwuchssorgen sind: »Bei den Druckern und Mediengestaltern können wir alle Posten in den Prüfungsausschüssen besetzen«, sagt Andreas Meißner, Betriebsrat in der Axel-Springer-Druckerei und bei ver.di Berlin-Brandenburg ehrenamtlich aktiv. Dass sich die Lage auch in den anderen Ausbildungsbereichen des Fachbereichs Medien verbessert, will ver.di nun verstärkt angehen.

GUDRUN GIESE

BESTEN LOHN IN DER TÄTIGKEIT SELBST SEHEN

GewerkschafterInnen für die Prüfungsausschüsse zu finden«, sagt Wucherpfennig. Im IT-Bereich etwa gebe es noch nicht allzu viel Erfahrung mit der Ausbildung, trauten sich viele Kolleg/innen nicht zu, die



... oder im OSZ Industrie und Datenverarbeitung.

Fotos: Ch. v. Polentz/transitfoto.de

TARIF-NEWS II

Kompromiss bei dpa-Tarifrunde

In der vierten Runde der schwierigen Verhandlungen um einen neuen Tarifvertrag für die Beschäftigten der dpa wurde eine Einigung auf folgende Eckpunkte erzielt: Der Manteltarifvertrag bleibt unangetastet und wird bis Ende Januar 2012 verlängert. Arbeitgeberforderungen nach Wegfall des Urlaubsgeldes sind damit vom Tisch.

Der geltende Gehaltstarifvertrag wird ebenfalls bis Ende Januar 2012 fortgeschrieben. Der Kündigungs-

schutz, der Ende Mai dieses Jahres ausgelaufen wäre, ist bis Ende Mai 2012 verlängert. Die gewerkschaftliche Tarifkommission betont, dass dieser Kompromiss ohne die Proteste der Kolleginnen und Kollegen nicht durchsetzbar gewesen wäre.

dpa-Töchter wollen auch Tarifvertrag

Am 24. Februar 2011 trafen sich etwa 20 Beschäftigte von fünf dpa-Tochterfirmen im Berliner ver.di-Haus, um über tarifvertraglichen Regelungen zu beraten. Dort wurde eine Tarifkommission gebildet und diese beauftragt, die Geschäftsführung von dpa aufzufordern, für die Toch-

terfirmen in Tarifverhandlungen einzutreten. Ziel ist, in den Tochterfirmen die gleichen tariflichen Regelungen wie bei der dpa-Mutterfirma zu vereinbaren.

Tarifforderung für Wall-AG-Töchter

Mit Schreiben vom 7. März 2011 wurden gemäß Beschluss einer ver.di-Mitgliederversammlung die Geschäftsführungen der Die Draußenwerber GmbH und der VVR Wall GmbH, beides Töchter der Wall AG, zu Entgelttarifverhandlungen aufgefordert. Gleichzeitig wurden die bestehenden Entgelttarifverträge zum 30. April 2011 gekündigt. ■

Weltweit stehen Gewerkschaften vor großen Herausforderungen

Bericht von der Offenen Weltkonferenz gegen Krieg und Ausbeutung in Algier

Vom 27. bis 29. November 2010 fand die Offene Weltkonferenz gegen Krieg und Ausbeutung in Algier statt, an der auch Delegierte aus Deutschland teilgenommen haben. Eingeladen hatte der algerische Dachverband der Gewerkschaften UGTA, gemeinsam mit der algerischen Arbeiterpartei (PT) und der seit 20 Jahren bestehenden Internationalen Arbeitnehmerverbände (IAV). In dem Konferenzzentrum der algerischen Bauarbeiter-Gewerkschaft trafen sich ca. 400 Teilnehmer aus 52 Ländern und diskutierten drei Tage lang. Eröffnet wurde die Konferenz von Luïsa Hanoune von der algerischen PT. Sie machte in ihrem Beitrag deutlich, dass die Arbeitnehmer und alle Völker, ob in Nord oder Süd, von der gleichen Politik betroffen sind: Leiden des einen Volkes können niemals einem anderen Volk Vorteile bringen.

KollegInnen aus Afghanistan, Pakistan und Irak, aber auch aus Palästina und Afrika stellten dar, welche unerträgliche Not und wie viel Elend die sich ausweitenden Kriege für die Völker mit sich bringen. Es wird auch weltweit ein Krieg gegen die Rechte der Arbeitnehmer geführt. Dabei haben besonders Gewerkschafter beeindruckt, die zeigten, wie man erfolgreich kämpfen kann. So führte ein algerischer Kollege aus, wie sie durch einen langen Kampf erzwungen hätten, dass wieder die »staatliche Kontrolle« über 51 Prozent der Öl- und Gasvorkommen erreicht wurde: »Das ist ein Fortschritt, obwohl wir weiterhin die 100prozentige Kontrolle fordern.«

Sidi Said, Generalsekretär der UGTA und Vizepräsident des Internationalen Gewerkschaftsbundes, traf in seinem Eröffnungsbeitrag die bittere Feststellung, dass die Finanzmärkte die Welt beherrschen und der »Mensch als Ziel der Wirtschaft verschwunden ist«. Man müsse die soziale Gerechtigkeit politisch und juristisch garantieren. Das gehe nur durch den sozialen Dialog, war seine These, mit der er die Frage nach dem Platz der Gewerkschaften aufwarf, die die gesamte Diskussion auf der Konferenz durchzog.

Sozialer Dialog? Daniel Gluckstein, Koordinator der IAV, vertrat die Meinung, dass die Arbeitnehmer, die

sich in ihren Ländern im Widerstand gegen die Angriffe des Kapitals und der Regierungen auf ihre sozialen Lebens- und Arbeitsbedingungen erheben, in ihren eigenen Arbeitnehmerorganisationen auf Hindernisse stoßen. Er fragte: »Ist der Soziale Dialog das Gleiche wie Verhandlungen? Nein! Dialog bedeutet, sich

SOZIALER DIALOG VERSUS UNABHÄNGIGKEIT

über Maßnahmen zur Begleitung der Krise zu verständigen.« Verhandlungen respektierten die unterschiedlichen Interessen, während der Soziale Dialog die Existenz entgegengesetzter Interessen leugne und die Gewerkschaften in eine »soziale Begleitung« eines gemeinsamen Krisenmanagements integrieren wolle. »Nach allen Erfahrungen heißt das aber

Politik definieren und den Kampf organisieren? Müssen wir nicht den Kampf für die Unabhängigkeit unserer Organisationen führen, wenn wir die Gewerkschaften als unser Kampfinstrument zur Verteidigung unserer Interessen und Rechte erhalten wollen?

Eine Frage, die wir Kollegen von ver.di nur zu gut kennen: Können wir die weitere Auslieferung der Betriebe der öffentlichen Daseinsvorsorge, aber auch der Kultur an die Privatisierung und den Wettbewerb verhindern und bisherige Maßnahmen in diese Richtung zurücknehmen – wie es die algerischen Kollegen am Beispiel der Rückführung von Gas und Öl unter staatliche Kontrolle gezeigt haben? Oder sind wir gezwungen, diese zerstörerischen Prozesse sozial zu gestalten?

In der Erklärung der Offenen Weltkonferenz, die von den anwesenden Delegierten unterzeichnet wurde,



400 TeilnehmerInnen diskutierten drei Tage lang in Algier, Gastgeber war die Bauarbeiter-Gewerkschaft. Foto: G. Krupp

nichts anderes, als dass die Arbeitnehmer letztendlich auch für die Rettung der Banken und Konzerne, der Finanzmärkte bluten sollen.«

In vielen Beiträgen stand die Frage nach dem Platz der Gewerkschaften im Zentrum. Führt die Politik der Krisensengipfel, der »sozialen Begleitung oder Gestaltung«, der »sozialen Korrektur«, des »Sozialen Dialogs« zum Erfolg? Oder brauchen wir nicht Gewerkschaften, die sich unabhängig von Staat und Regierung, unabhängig von den Parteien und den Unternehmen, den Kirchen ihre eigene

wird eine gemeinsame Bilanz der Diskussion gezogen: »Wir lehnen das Diktat ab, das die Arbeitnehmerorganisationen im Namen des sogenannten Gemeinwohls zwingen will, die Regeln einer »Weltregierungs politik« und eines »Sozialen Dialogs« zu akzeptieren. Deren einzige Funktion besteht darin, die Arbeitnehmerorganisationen den Plänen der Regierungen und internationalen Institutionen unterzuordnen, sie in deren Politik zu integrieren und die nationale Souveränität infrage zu stellen. Das zu akzeptieren, widerspricht der

DER KRISE TROTZEN!



Das traditionelle Johannistfest der Typografie-Branche findet am 25. Juni 2011 von 15 bis 21 Uhr im Hof des Hauses der Buchdrucker, Dudenstraße 10, statt. Das Programm für Große und Kleine bietet in diesem Jahr eine Buchvorstellung, typografische und anderen Lieder sowie Musikalisches von »Touch down« – Lutz Fußangel, Saxophon und Freunde. Für weitere Überraschungen, Kinderspaß und kulinarische Angebote ist gesorgt, niemand soll hungrig oder durstig vom Hofe gehen.

Das Johannistfest wird gemeinsam vom ver.di-Fachbereich Medien, Kunst und Industrie, der MedienGalerie und dem Karl-Richter-Verein organisiert.

grundsätzlichen Aufgabe der Arbeitnehmerorganisationen, die unabhängigen Interessen der Arbeiter und Völker zu vertreten.

Wir bekräftigen, dass die Unabhängigkeit der Arbeitnehmerorganisationen eine Voraussetzung ist für die Demokratie, den sozialen Fortschritt und die Souveränität und Unabhängigkeit der Völker.«

Um den Meinungs austausch untereinander fortführen zu können und uns in unserem gemeinsamen Kampf für die Verteidigung der Unabhängigkeit der Arbeitnehmerorganisationen zu stärken, wurde ein Koordinationskomitee gebildet, in dem Vertreter aller Kontinente mitwirken.

Die Konferenz hatte noch viele weitere Aspekte, die hier nicht alle geschildert, zu denen aber gern weiteres Material und Berichte zur Verfügung gestellt werden können.

GOTTHARD KRUPP,
VER.DI BEZIRKSVORSTAND BERLIN
Weitere Infos: GotthardKrupp@t-online.de

GLOBALE VERNETZUNG IM FOKUS

ver.di-VertreterInnen arbeiten aktiv in der internationalen Gewerkschaftsbewegung



Interessenvertretung findet nicht nur vor der Haustür statt. Gewerkschaft lebt schon immer von internationaler Solidarität, und Vernetzung wird im globalen Zeitalter umso dringlicher. Auch bei ver.di Berlin-Brandenburg haben Kolleginnen und Kollegen die Welt im Fokus und kümmern sich um ihre ureigenen Interessen auch im Rahmen internationaler Gewerkschaften und Dachorganisationen. Wir fragten dazu nach.

Scharf durch die jugendliche Brille geblickt

Martina Hartung denkt als frisch gekürte Präsidentin der UNI-Europa-Jugend über einen gemeinsamen Aktionstag nach

MARTINA HARTUNG ist im Landesfachbereich Medien, Kunst und Industrie seit längerem in der Jugendarbeit aktiv und wurde 2010 erneut geschäftsführendes Vorstandsmitglied. Ende Januar 2011 erhielt sie noch ein weiteres bedeutenderes Votum: Bei der UNI Europa Jugendkonferenz in Manchester wählten sie die 110 Teilnehmer und Delegationen für zwei Jahre zur Präsidentin. Sie hatte bereits der Steering group, dem Lenkungsausschuss, angehört und vertrat ver.di auch auf dem UNI-Weltkongress in Japan.

Martina, UNI ist die globale Dienstleistungsgewerkschaft, die weltweit mehr als 15 Millionen Mitglieder vertritt. Wem stehst Du in Deiner »Präsidentschaft« genau vor?

Jugendlichen aus vielen europäischen Gewerkschaften des privaten Dienstleistungssektors, die in der UNI Mitglied sind. In Europa sind sie in acht Regionen aufgeteilt. Leider etwas schwach vertreten sind noch die osteuropäischen Gewerkschaften und der mittlere Osten. Die mitteleuropäischen und skandinavischen Gewerkschaften sind dagegen traditionell sehr gut repräsentiert, ver.di ist darunter die größte.

Du bist über die ver.di-Jugend «nach Europa» gekommen?

Ja, über den Arbeitskreis Internationales der ver.di-Jugend. Ich hatte mich 2006 selbst beworben, zum UNI Europa

Jugendkongress in Nyon (Schweiz) mitzufahren. Ich war dann in der zehnköpfigen Delegation, fand das absolut spannend und bin dabei geblieben.

Was fesselt Dich an der internationalen Arbeit?

Am meisten der Erfahrungsaustausch. Ich erinnere mich, dass wir 2008 auf dem Kongress in Barcelona als ver.di Jugendvertreter einen Antrag gegen prekäre Beschäftigung eingebracht haben, »We Keep up the Good Work« hatten wir den genannt. Damals haben uns die skandinavischen KollegInnen ganz groß angesehen: Inzwischen sind auch sie mit dem Phänomen Leiharbeit konfrontiert und gehen damit ganz offensiv um. Kürzlich haben sich Gewerkschafter aus Belgien an uns gewandt, weil sie eine nationale Konferenz veranstalten wollen. Es soll um das »German Model« sozialer Arbeits- und Sicherungssysteme gehen, auf das sich dortige Arbeitgeber und die Politik immer wieder berufen. Da merken wir ganz deutlich, wie viel wir von ver.di beitragen können, für solche Themen und Auseinandersetzungen vorzubereiten und fit zu machen.

Und wie gelingt es Euch, jugendgewerkschaftliche Themen und Probleme auf die Agenda zu setzen?

Da müssen wir in der Regel gar nicht lange suchen. Wir betrachten die großen Themen mit der speziellen Brille, wie junge Leute davon betroffen sind. Es lohnt etwa, den kurzen Zeitraum zu betrachten, in dem junge Leute ins Berufsleben einsteigen müssen, mit allen Zugzwängen und Schwierigkeiten. Da

muss sich auch eine Gewerkschaft drum kümmern, Tipps geben, Standards setzen. Equal Pay, ja. Aber zu fragen ist auch: Gibt es für Auszubildende eine Art Quotierung zur Übernahmen? Gibt es Weiterbildungsangebote? Diese Fragen stellen sich überall in Europa.

Ein Thema, bei dem die ver.di-Jugend seit Jahren aktiv ist, ist der Kampf gegen Neonazis, gegen Diskriminierung. Gilt das auch europaweit?

Ja; unbedingt. Die ver.di-Jugend war ja gerade in Dresden bei der Blockade gegen den Neonazi-Aufmarsch wieder sehr aktiv. Ähnliche Anti-Rassismus-Aktionen gibt es auch in den skandinavischen Ländern. Belgische Kollegen haben ihre Kampagne, dass der Arbeitsplatz diskriminierungsfrei sein muss, inzwischen ins Positive gewendet. Sie treten nicht mehr nur gegen Diskriminierung auf, sondern »pro diversity«, für Vielfalt. Das hat ihnen viel zusätzliche Resonanz gesichert. Wir diskutieren auch zum Thema Abschottung und »Festung Europa«. Ein europäischer Aktionstag zu all diesen Themen ist im Gespräch. Ich hätte große Lust, ihn zu organisieren, so etwas wäre ein echtes Novum.

Und ganz akut, womit beschäftigt Du Dich gerade?

Mit der Vorbereitung einer Reise auf die Philippinen. Die UNI Europa Jugend sammelt seit Jahren Geld für ein Projekt in Manila, mit dem Kinder in der Elendsregion Payatas mit Verpflegung und Bildungsangeboten unterstützt werden. Jetzt sind wieder einige Tausend Euro zusammengekommen. **NEH**

MARTINA HARTUNG

repräsentiert die UNI-Europa-Jugend



WIR MISCHEN UNS EIN

STEFAN GRETSCH ist Mitglied des geschäftsführenden Landesfachbereichsvorstandes Berlin-Brandenburg. Als ver.di-Bundesfachgruppenvorsitzender der Musik arbeitet er neben einem Vertreter der Deutschen Orchestervereinigung (DVO) auch in den Gremien der internationalen Musikergewerkschaft Fédération Internationale des Musiciens (FIM) mit. In dieser 1948 gegründeten Föderation sind Musikergewerkschaften aus allen Kontinenten vertreten: aus den USA, Kanada und südamerikanischen Ländern, aus verschiedenen afrikanischen Staaten, seit Kurzem arbeiten auch japanische und chinesische Kollegen mit. Die European Group, die auch über ein eigenes europäisches Exekutivkomitee verfügt, ist eine besonders aktive und starke Gruppe. »Inhaltlich beschäftigen

wir uns mit allen Belangen, die professionelle Musiker, speziell Orchestermusiker, betreffen: Arbeitsverhältnisse – in letzter Zeit auch hier zunehmend prekäre –, soziale Fragen, Gesundheitsprobleme, aber auch Urheber- und Leistungsschutzrechte«, berichtet Stefan Gretsches.

An Orchestern gehe der unselige Trend des Abbaus von festen Stellen nicht vorüber, auch in gestandenen Vereinigungen würden reguläre Stellen zunehmend befristet oder durch Freie besetzt; temporäre sogenannte »Tourneorchester« zögen zu Dumpingpreisen und mit Dumpinglöhnen durch die Welt. Nicht selten würden angestellte Orchestermusiker für eine solche Tätigkeit von ihren Arbeitgebern sogar freigestellt. »Insgesamt gilt leider: Die Zahl der Orchester nimmt auch international immer mehr

ab, die Zahl verbindlicher Arbeitsplätze für ausgebildete Musikerinnen und Musiker sinkt.«

Die Arbeit der FIM sei zunächst politischer Natur, man bemühe sich um Interessenvertretung auf europäischer Ebene, arbeite in Gremien mit, koordiniere und melde sich auch öffentlich zu Wort. Um das Urheberrecht werde gegenwärtig schwer gerungen. In anderen Teilen der Welt, etwa in Afrika und Südamerika, gehe es auch erst einmal um die Schaffung von Strukturen, um die Unterstützung regionaler Aktivitäten. **NEH** www.fim-musicians.com

STEFAN GRETSCH

arbeitet in der »Fédération Internationale des Musiciens« (FIM)



TONI WINTER, Hut- und Putzmacherin beim Bühnenservice der Stiftung Oper in Berlin, ist seit Sommer 2009 in der Gewerkschaft UNI MEI (Union Network International for Media, Entertainment and Arts) aktiv. Für Toni Winter zeichnen sich bei der internationalen Arbeit zwei hauptsächliche Richtungen ab: Zum einen eröffnen die Diskussionen mit anderen Komiteemitgliedern die Möglichkeit, persönliche Erfahrungen bei der Lösung internationaler Probleme einzubringen und sich mit neuen Themen auseinanderzusetzen. Zum anderen können auch nationale Probleme aus einem umfassenderen Blickwinkel betrachtet wer-

den. Dies gibt ihr nicht nur die Chance, an Lösungen globaler Probleme der Branche mitzuarbeiten, sondern explizit auch auf Probleme einzugehen, die ihr bei ihrer Arbeit für den Bühnenservice der Stiftung Oper in Berlin begegnen.

Eines der zentralen aktuellen Themen bei UNI MEI sei die Internet-Piraterie und das fehlende Verständnis für die dort unrechtmäßig beschaffte Kunst und ihre Urheber. Die Aufgabe von ver.di und anderen Gewerkschaften sei es, ihren Einfluss gegen den weit verbreiteten »Kunstraub« geltend zu machen und den Schutz von Urheberrechten zu sichern. Das solle nicht in erster Linie durch Be-

strafung erfolgen, sondern vielmehr über das Aufzeigen von Konsequenzen, die das unbedachte Downloaden hat.

Ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit der UNI MEI sei die Unterstützung der osteuropäischen Länder, wo erst langsam Arbeitgeberorganisationen geschaffen werden. »Die Arbeit der UNI MEI sollte mehr in den Blick der Öffentlichkeit gerückt werden«, meint Toni Winter. **JH**

www.uniglobalunion.org

TONI WINTER

ist bei der »Union Network International for Media, Entertainment and Arts« (UNI MEI) aktiv



MIRIAM WOLFF ist freie Tänzerin, war Mitglied im ver.di-Bundesfachgruppenvorstand und arbeitet ehrenamtlich auch in der FIA, der Federation of International Actors, mit. Dort gibt es seit einigen Jahren eine »Dancer's Working Group«. In der Arbeitsgruppe finden sich Theatergewerkschafter aus verschiedenen europäischen Ländern zusammen, besonders aktiv vertreten sind die skandinavischen Länder. »Dort herrschen fast paradiesische Zustände für TänzerInnen, fast alle sind gewerkschaftlich organisiert«, schwärmt Miriam. Allerdings sind Organisation und Strukturen in den einzelnen Ländern sehr unterschiedlich.

Gerade diese Unterschiede in der Situation und bei den Sozialversicherungsleistungen der Länder haben die »Dancer's Working Group« bewogen,

einen »Tanzpass« zu entwickeln. Der erlaubt es beispielsweise, sich bei Auslandsengagements oder Gastspielen von der jeweiligen Gewerkschaft im Lande beraten zu lassen, ohne die Mitgliedschaft wechseln zu müssen. Es wurde auch eine Art Mustervertrag für Tänzerinnen und Tänzer erarbeitet und in vier Sprachen ins Netz gestellt. Bei ver.di etwa liegt inzwischen zusätzlich ein Papier zum unterschiedlichen Sozialversicherungsrecht für Freiberufler in Europa vor.

Ein ganz dringendes Thema, mit dem sich die internationale Arbeitsgruppe seit längerem beschäftigt, ist das der Umschulung im Laufe oder nach dem relativ kurzen aktiven Berufsleben von Tänzern. Dazu wurde auf europäischer Ebene ein spezielles Projekt zu langfristigen Karrieremöglichkeiten und für lebenslanges Lernen angestoßen. Mit EU-

Geldern entstehen gerade ein Handbuch und eine Internetseite, mit deren Hilfe sich Tänzer europaweit über staatliche und private Transitionsmöglichkeiten informieren können. Das Projekt wird im Juni auf der FIA Konferenz abgeschlossen, der diesmal bei ver.di stattfindet. Ein Konferenztage wird sich speziell dem Thema Umschulung und soziale Absicherung von Tänzerinnen und Tänzern widmen.

Miriam lädt schon jetzt alle Interessenten, die sich informieren und mitdebattieren wollen, für den 26. Juni 2011 ein (siehe Terminseite). **NEH**

Infos unter: www.fia-actors.com

MIRIAM WOLFF

kümmert sich in der »Federation of International Actors« (FIA) um globale Interessen von TänzerInnen



»Zusammenrücken« heißt: Es wird noch enger

Synergien kosten Arbeitsplätze und bringen Zentralisierung beim Berliner Verlag

Die einen sagen Stuhlpolonaie, andere Reise nach Jerusalem. Das Ergebnis des Spiels ist das gleiche: Einer gewinnt, wenn alle anderen ausgeschieden sind. Einen neuen Höhepunkt solchen Personalpokers erleben gerade »Frankfurter Rundschau« und »Berliner Zeitung« – seit 2009 eine »Redaktionsgemeinschaft«. Zum 1. April wurden von den Gesellschaftern DuMont Schauberg und SPD-Medienholding Sanierungsmaßnahmen verkündet, die Chefredakteur Uwe Vorkötter von »Zusammenrücken« sprechen lassen, der Konzernbetriebsrat sieht dagegen einen »bitteren und tiefschwarzen Tag«. Die Maßnahmen betreffen vorrangig Kolleginnen und Kollegen in Frankfurt/M. So sollen 83 der 124 verbliebenen Redakteure und Angestellten der FR gekündigt werden, in der tariflosen Leiharbeitsfirma sollen alle 30 Redakteure gekündigt, alle Außenredaktionen geschlossen werden. Stattdessen soll eine neue Regionalgesellschaft mit 19 Stellen Dienstleistungen erbringen und eine neue Digital-GmbH mit 30 Beschäftigten überregionale Online-Inhalte liefern – alles ohne Tarifbindung.

Für die »Berliner Zeitung« wird das beträchtliche Auswirkungen haben. Alle überregionalen Seiten für beide

Blätter sollen künftig in Berlin entstehen, an die 40 Seiten für die FR sind wöchentlich zuzuliefern. Dafür soll eine Redaktionsgesellschaft außerhalb der Verlage und dort geltender Tarifverträge zuständig sein. Die Ressortleiter sollen künftig als Doppelspitze besetzt werden, Teile der DuMont Redaktionsgemeinschaft aus Frankfurt sollen wieder nach Berlin ziehen. »Flickschusterei« nennt die Berliner Betriebsratsvorsitzende Renate Gensch die Pläne.

Sie kritisiert besonders, dass die Arbeitsbelastung in der neuen, kleineren Organisation weiter steigen wird, »die Redakteure, die nach Frankfurt zuliefern, arbeiten jetzt schon mehr als am Limit«. Beide Betriebs-



räte fürchten auch, dass das Profil ihrer Zeitungen, der »anerkannten Marken bei den Lesern und Kunden«, leiden wird. Der Konzernbetriebsrat kritisiert besonders die Bildung der neuen, tariflosen Firma. Zudem ermöglicht ein bis Ende 2012 geltender Haustarifvertrag in Frank-

furt zwar Kündigungen, schließt aber Auslagerungen ausdrücklich aus. ver.di kritisiert das Vorhaben als »Kampfansage« an die Betroffenen und an die Pressevielfalt.

IT-ABTEILUNG AUS DEM VERLAG AUSGELAGERT

Bereits zu Jahresbeginn hatte es im Berliner Verlag (Berliner Zeitung, Berliner Kurier) eine Auslagerung gegeben. Seit 1. Januar gehören die Mitarbeiter der Abteilung Informationssysteme nicht mehr zum Verlag. Im Rahmen eines der über 70 Synergieprojekte von M. DuMont Schauberg (MDS) wurde für die Standorte Berlin, Hamburg, Köln und Halle eine neue Firma gegründet: DuMont Systems mit Sitz in Hamburg.

Neuer Geschäftsführer ist Jesper Doub, der vom Bauer Verlag zu MDS gewechselt ist. Betriebsratsvorsitzende Renate Gensch: »Von 20 IT-Mitarbeitern sind 18 in die neue Firma gewechselt, zwei Kollegen weiter beim Berliner Verlag beschäftigt.« Die 18 Ausgelagerten arbeiten weiter im Verlagsgebäude an der Karl-Liebknecht-Straße. Der Betriebsrat hält die Auslagerung nach wie vor

für falsch, da die konzerninternen Verrechnungskosten den Berliner Verlag auf Dauer teuer kommen werden. »Trotzdem haben wir die Kollegen mit unserer Betriebsvereinbarung sehr gut für die nächsten fünf Jahre absichern können«, so die Betriebsratschefin.

Die Vereinbarung, die nach harten Verhandlungen im Dezember 2010 unterschrieben wurde, gilt bis 30. Juni 2015. In den ersten zwölf Monaten bei DuMont Systems gelten alle Vertragsbedingungen unverändert weiter, auch bis 2015 kann niemand materiell schlechter gestellt werden. Alle Tarifverträge des Berliner Verlags gelten dynamisch individualrechtlich fort – also auch bei Änderungen der Tarifverträge, z.B. Tarifierhöhungen. Sollte ein Arbeitsplatz wegen Synergiemaßnahmen oder einer Betriebsänderung bei DuMont Systems wegfallen, gibt es bei Kündigung oder Aufhebungsvertrag bis 30. Juni 2015 eine Abfindung. Auch alle Konzern- und Betriebsvereinbarungen gelten weiter sowie unbefristet die Verträge zur betrieblichen Altersversorgung. Betriebszugehörigkeiten werden angerechnet. Unter bestimmten Bedingungen ist ein Rückkehrrecht zum Berliner Verlag vorgesehen. **RED**

Der dju-Landesvorstand und die DGB-Jugendbildungsstätte Flecken Zechlin (jbs) haben für den Schülerzeitungswettbewerb des Brandenburgischen Landtags erstmals einen Sonderpreis ausgelobt. Vier Redaktionen erhielten am 21. März im Potsdamer Landtag ihre Urkunden vom dju-Landesvorsitzenden Matthias Gottwald: Die Redakteurinnen und Redakteure von »PAULIE« (Paul-Maar-Grundschule Großziethen), »Kastanienblatt« (Kastanienerschule Jüterbog), »alles drin« (Oberschule mit Grundschulteil Löwenberg) und »ÄX-AKT« (Marie-Curie-Gymnasium Hohen Neuendorf) haben nach Meinung der Landesjury das größte Entwicklungspotenzial. Sie dürfen an einem mehrtägigen Medienworkshop in der DGB-Jugendbildungsstätte teilnehmen, wo sie bei Profis publizistische und journalistische Grundlagen vertiefen können. In seiner Laudatio kündigte Gottwald eine Gründungsoffensive

Sonderpreis für Schülerzeitungsredaktionen

dju-Landesvorstand lädt Nachwuchs zu Workshop ein



dju-Landesvorstandschef Matthias Gottwald mit der »PAULIE«-Redaktion aus Großziethen. Foto: Thomas Spikermann

für Schülerzeitungen an brandenburgischen Schulen an.

Kompetente Medienmacher seien nach seiner Auffassung auch kritische Mediennutzer und damit weniger empfänglich für Populismus,

Kampagnen- oder PR-Journalismus. Damit soll nicht nur die Demokratiebildung in den Schulen verstärkt werden, sondern auch der Erosion von Qualitätsjournalismus entgegengewirkt werden. Dabei wollen dju, jbs

und der brandenburgische Jugendpresseverband zusammenarbeiten. »Die Schulpresse leistet einen ganz entscheidenden Beitrag zur Herstellung von Öffentlichkeit und Transparenz an unseren Schulen«, hatte Landtagspräsident Gunter Fritsch in seiner Begrüßungsrede gesagt.

Der brandenburgische Landesschülerzeitungswettbewerb wird in Zusammenarbeit mit Bildungsministerium und Landesjugendpresseverband veranstaltet. Erste Preise gingen an den »Schlaufuchs« (Havel-schule) und die »Dom Kids« der Evangelischen Grundschule (beide aus Brandenburg/Havel) sowie an »Werners Beste Seiten« der Wernervon-Siemens-Oberschule Gransee und den »Lenné-Überflieger« der Peter-Joseph-Lenné-Gesamtschule Potsdam. **MG**

Neue Formate gewünscht

Selbst kommerzielle Anbieter bewerben sich um Sendezeiten beim alternativen Radiosender 88vier

Im Feld des nicht-kommerziellen privaten Rundfunks gibt es neues Konfliktpotenzial, gleichzeitig aber auch die Chance für umfassende Kooperation. Grund ist die erste Neuausschreibung für den Mischkanal 88vier, die Anfang März zu Ende ging. Unter den 12 Sendezeit-Anträgen, die bei der Medienanstalt Berlin-Brandenburg (mabb) eingegangen sind, ist auch einer von der Plattform für regionale Musikwirtschaft GmbH, dem Träger des in mehreren Städten aktiven kommerziellen Senders Motor FM.

Das birgt Strittiges, denn die Schaffung von 88vier letztes Jahr (siehe Sprachrohr 3/2010) sollte laut mabb ein wegweisendes Modell für den nicht-kommerziellen Rundfunk bringen. Auf dem – übrigens berlinweit kaum zu empfangenden – Mischkanal soll neben einem Ausschnitt aus dem Programm des ganztägig per Kabel hörbaren und von der mabb geführten Offenen Kanals Alex außerdem Platz für Freie Gruppen mit eigenen Lizenzen sein.

Warum kommt nun eine GmbH für einen nicht-kommerziellen Kanal in Frage? Steffen Meyer von der mabb erklärt, 88vier sei auch für die »Erprobung neuer Formate« geschaffen worden. Er sähe es als »perfektes Modell« an, wenn kommerzielle Sender neue Sendungen bei 88vier erfolgreich testeten und danach übernehmen. Die Plattform-GmbH will konkret vier Stunden

werktags eine auf die Modewelt ausgerichtete Sendung namens »Catwalk Radio« testen.

Derzeit haben neben Alex fünf »88vier-Partner« eigene Sendelizenzen. Sie sind Konglomerate von Redaktionsgruppen und Einzelpersonen, die verschiedenste Sendungen machen. Pi Radio repräsentiert dabei



am stärksten diejenigen, die für ein eigenes Freies Radio kämpf(t)en. Eine ähnliche Ausrichtung hat Reboot.Fm, unter dessen Dach sich zur Zeit auch Gruppen organisieren, die früher zusammen mit Pi-Radio-Gruppen temporär erlaubte Radiosender gestalteten. Beide Verbände beschwerten sich stark über die ihnen derzeit gewährten nur knappen und späten Sendezeiten: je zwei Mal pro Woche von 20 bis 6 Uhr.

Dem aktuellen Antrag auf Sendezeit von Pi Radio – nach eigenen Angaben Dach für rund 50 Redaktionen und seit Herbst Mitglied im bundesweiten Bund Freier Radios – ist ein Offener Brief beigefügt, der verschiedene Strukturformen vorschlägt (siehe www.piradio.de). Eine davon lautet: »Wir bitten den Medienrat, auf der 88vier einen Community-Radio-Bereich einzurichten von täglich

17 Uhr bis 24 Uhr, den die dort senden wollenden Gruppen eigenständig verwalten können.« Mit einem solchen Format kann sich Steffen Meyer durchaus anfreunden: »Eine zusammenhängende Gruppe wäre mir lieb.« Das würde allerdings von einer Zulassung der GmbH erschwert. »Es gibt nicht wenige von uns, die dann nur noch eine eigene Frequenz akzeptieren würden«, erklärt Paul Motikat, Sprecher von Pi Radio. Bei seinen Leuten war 88vier sowieso nie beliebt, da sie keinen Einfluss auf die Gesamterscheinung des Mischkanals haben. Verschlimmernd kommt hinzu, dass die mabb im ersten Jahr die von ihr selbst aufgestellten Qualitätskriterien nicht befolgte – also nicht ihnen gemäß die Sendezeit neu verteilte. Während andere Gruppen durch zum Teil reine Musikrotation und sogar Sendungswiederholungen unattraktiveres Radio machen, stehen bei Pi Radio und Reboot.Fm sendewillige Leute Schlange, so der Vorwurf.

Motikat hat nun Angst vor einem weiteren Qualitäts- und Imageverlust. »Man darf nicht vergessen, dass es der mabb immer um ein Gesamtkonzept 88vier geht«, mahnt er, und entgegnet Meyer: »Wenn diese Testsendungen nicht erfolgreich sind, dann haben wir alles andere als ein »perfektes Modell.« Die mabb überließ 88vier eine Frequenz, die ob ihrer geringen Empfangbarkeit ohnehin kaum jemand sonst gewollt hätte. Wenn sie jetzt auch noch bezüglich des 88vier-Programms nicht Transparenz- und Qualitätskriterien anlegt, wird die Medienanstalt selbst es sein, die dem Ruf des Nichtkommerziellen Privaten Rundfunks am meisten schadet. RALF HUTTER

KURZMELDUNGEN

Druckerei der MOZ gefährdet

Die Zukunft der Druckerei der »Märkischen Oderzeitung« (MOZ) in Frankfurt/O. ist offenbar ungewiss, die Stellen der noch 55 Beschäftigten sind akut gefährdet. Die Südwestdeutsche Medienholding und die Neue Pressegesellschaft als Eigentümerinnen der »Märkischen Oderzeitung« hatten, wie gemeldet (siehe *letzte Ausgabe*), zu Jahresbeginn den bisher zum Ippen-Konzern gehörenden »Oranienburger Generalanzeiger« samt zugehöriger Druckerei gekauft. Bei einer Betriebsversammlung der MOZ am 18. Februar kündigte Geschäftsführer Bodo Almert an, dass für die bisher drei produzierenden, schon etwas älteren Druckmaschinen in Frankfurt/Oder maximal eine neue Maschine gekauft werden solle. Die Druckerei des »Oranienburger Generalanzeigers« könne künftig die Hälfte der nötigen Druckkapazität übernehmen. Genauere Informationen hat der MOZ-Betriebsrat bis Ende März nicht erhalten. Die Gesellschafter haben lediglich erklärt, bis 2. Mai über die Zukunft der MOZ-Druckerei zu entscheiden.

Melitta verändert Filterpapierproduktion

Die Melitta-Papierfabrik in Berlin soll ab 1. Januar 2012 in der neu gegründeten Neukölln Spezialpapier NK GmbH & Co. KG aufgehen, informierte Jan Van Riet, Geschäftsführer der Melitta Haushaltsprodukte Europa, Mitte März auf der Betriebsversammlung des Berliner Werkes. Ziel sei es, die Arbeitsplätze am Standort Berlin zu sichern. Da der Filterpapiermarkt sehr rückläufig und in der Papierfabrik bereits Kurzarbeit angeordnet sei, hatte die Melitta-Unternehmensleitung Ende 2010 umfassende Investitionen freigegeben, damit im Werk künftig auch höherwertige Papiersorten hergestellt werden können. Die neue Spezialpapier-GmbH wurde gemeinsam mit der Neu Kaliss Spezialpapierfabrik gegründet und sei bereits im Handelsregister eingetragen. Sie werde vor allem Tapetenvlies produzieren. Der Übergang der Melitta-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter ist zu Jahresbeginn 2012 geplant. Verhandlungen mit dem Betriebsrat sollen in Kürze aufgenommen werden. ■

BLICK IN DEN MITTLEREN OSTEN

»Die arabische Revolution für Demokratie, Bürgerrechte und Pressefreiheit – Müssen wir unsere Sichtweisen radikal verändern?« fragte der monatliche ver.di-Medientreff im Februar und fand sich sogar in der Berichterstattung der »Frankfurter Allgemeinen« wieder. Aktham Suliman, Leiter des Berliner Büros des Senders Al Dschazira, stand seinen Berliner Journalistenkollegen Rede und Antwort. »Außer dass eine Masse sagt, es ist genug«, seien die aktuellen arabischen Umwälzungen sehr verschieden. Es setzte sich »der Wille zum Atmen« durch – getragen von einer selbstbewussten, aber »weniger ideologisch belasteten« Generation. Über Jahre hinweg habe das westliche Fernsehen seine eigenen »Bild-Welten« des arabischen Raums geschaffen. So seien Präsident Husni Mubarak als Freund des Westens gezeichnet und Ägypten vor allem als Urlaubsland dargestellt worden. Dass das Milliardenunternehmen Al Dschazira mit seinem Besitzer, dem Emir von Qatar, längst selbst politischer Akteur geworden ist, kam in der Darstellung wohl etwas zu kurz.



Foto: M. Maercks

KURZMELDUNGEN

Gegen ddp-
Dumpinglöhne

Die Bundesfachgruppenkonferenz Medien hat Ende Februar »aufs Schärfste« gegen als »Harmonisierung« schöngeredete Honorarsenkungen bei der Nachrichtenagentur ddp protestiert. Die Regelung, nach der Honorare für einen Acht-Stunden-Tag auf 77 Euro und für eine Standardmeldung auf 5 bis 8 Euro sinken, sollte bereits im März in Kraft treten. »Für diese Honorare lassen sich keine Meldungen schreiben, die den journalistischen Qualitätsstandards genügen«, so die ver.di-Resolution, »wer mit diesen miserablen Honoraren überleben will, gerät noch mehr unter psychischen und sozialen Druck«. Zum Vergleich: AP zahlte vor der Zusammenführung mit ddp bis zu 150 Euro als Bürotagegeld und 180 Euro für Außeneinsätze.

Neuer ver.di-Ratgeber
für Selbständige

Mediafon, das ver.di-Beratungsnetz für Selbständige, hat den neuen 220seitigen »Ratgeber Selbständige« vorgelegt. Autor Goetz Buchholz knüpft an die bewährten Vorgänger-Ratgeber für Freie an und bietet einen umfassenden und zugleich gut lesbaren Überblick über alle zentralen geschäftlichen Fragen, etwa zu Steuern und Sozialversicherung, Kalkulationen, Kooperationen, Statusfragen und Urheberrecht. Der neue Band enthält die Haupttexte des mediafon-Online-Ratgebers und damit wichtige Informationen für Solo-Selbständige aller Branchen im beruflichen Alltag. Ab Mitte 2011 wird das Buch zudem für Nutzer der Schlüssel, die zur Zeit noch frei verfügbaren Detail-Texte des Internet-Ratgebers aufrufen zu können.



Goetz Buchholz: *Der Ratgeber Selbständige*, Berlin 2011, ISBN 978-3-9814091-0-9, kostet 25, für ver.di-Mitglieder 5 Euro. Bestelldetails siehe: <http://ratgeber-selbststaendige.de>

Alptraum oder Traumfabrik?

Eine Berlinale-Diskussion zur deutschen Film- und Fernsehproduktion



Licht im Tunnel? Die Diskutanten bemühen sich um erhellende, klare Aussagen.

Foto: Chr. v. Polentz / transitfoto.de

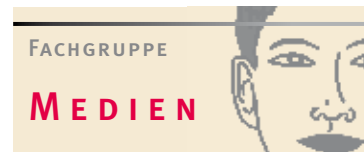
Alptraum oder Traumfabrik, Goldgräber oder Tellerwäscher, Sonnenschein oder Untergrund: Zwischen diesen Extremen pendelte die vom BundesFilmVerband in ver.di und connexx.av organisierte Diskussion zu den »Wegen aus der Selbstausbeutung bei Film und Fernsehen« während der Berlinale.

Zur Zerrissenheit des Themas zwischen Begeisterung und Ausbeutung passte in seiner Zwiespältigkeit der unfertige U-Bahn-Stummel der U3 im Untergeschoss des Potsdamer Platzes, der den Moderator Jan Lerch zu seiner Frage an den Vorsitzenden der Deutschen Produzentenallianz mit rund 200 Firmen inspirierte, ob die Honorare im Filmgeschäft nicht mittlerweile auf das Niveau von Bahntickets gesunken seien. Alexander Thies antwortete zunächst mit einem Verweis auf das gute Miteinander in der Branche, auf das Herauswachsen aus dem öffentlich-rechtlichen System und die gewachsene Aufmerksamkeit des Publikums, um schließlich doch in der Klage über spätestens seit 2002/2003 stagnierende Etats bei den produzierenden Sendern zu landen.

Mangel beklagte auch Antoine Monot jr. vom Bundesverband der Film- und Fernsehschauspieler, der sich auf schlechte arbeitsrechtliche Bedingungen auswirke. Seine Klage über zu niedrige Gagen für Schauspieler – laut Schauspielerverbands-Schatzmeister Heinrich Schafmeister fielen sie in den vergangenen Jahren um fast 50 Prozent – konterte der Luxemburger Regisseur Marco Serafini (er steht u.a. für die Zollkrimi-

Serie »Schwarz-Rot-Gold«) mit noch schlechteren Gagen für Schauspieler etwa in Frankreich.

Serafini hatte aber auch ein Beispiel aus der europäischen Filmbranche parat, das manchen staunen ließ. Ausgerechnet in Italien, dem Land



von Chaos und Berlusconi, sind die Gewerkschaften in der Filmbranche so stark, dass es dort genau geregelt – und gesetzlich abgesicherte – Arbeitszeiten und Zuständigkeiten gibt. Weniger Stunden Dreharbeit am Set durch die exakte Vorbereitung eines größeren Teams. »Bis zu acht Leute mehr pro Produktion«, schätzte Serafini. Assistenten kümmern sich um »Second Units«, zweite Schauplätze, und erledigen unwichtigere Szenen wie Außen-Takes selbstständig, während am eigentlichen Drehort die Aufnahmen unter Leitung des Regisseurs laufen. Mehr Personal, aber weniger Drehtage, die zwar allen Beteiligten für acht bis höchstens neun Stunden volle Konzentration abverlangen, aber nicht in ungeplante Nacht- oder Wochenendschichten ausufern. »18-Stunden-Tage sind überhaupt nicht cool«, unterstrich der in vielen Ländern Europas arbeitende Luxemburger die Vorteile des italienischen Systems.

In Deutschland ist nach Serafini in den letzten Jahrzehnten die Zahl der Produktionsfirmen stark gestiegen,

die um einen Anteil an den Filmetats kämpfen. Filmproduzent Karsten Aurich spielte den Ball an die Filmhochschulen weiter, die dauernd neuen Nachwuchs auf das schon volle Spielfeld schickten, auf dem sich auch noch viele Seiteneinsteiger tummeln. Vor allem die Jüngeren unterböten sich gegenseitig, um mitspielen zu dürfen. Und die Produktionstöchter der öffentlich-rechtlichen Sender zahlten keineswegs alle Tarifgagen, hieß es aus dem Publikum. Abweichende Beispiele gebe es bei Serien wie »Tatort« oder »Stubbe«. Ein Problem sei auch, dass in den Sendern Drehbücher beschlossen würden, die mit dem geplanten Etat nicht umsetzbar seien, Produzenten aber nicht bei den Redakteuren protestierten, sondern den Druck nach unten weitergäben.

Mangelnde Wertschätzung für die Arbeit der Filmschaffenden ist für Olia Höf vom BundesFilmVerband ein Grund, dass jeder Vertrag in der Branche immer wieder überprüft und die Einhaltung des Tarifs in bis zu 90 Prozent der Fälle extra angemahnt werden müsse – da gebe es in der Schweiz einen anderen Umgangston zwischen Produzenten und Filmschaffenden. Die Cutterin forderte: »Die Filmschaffenden dürfen sich nicht gegenseitig zerfleischen, sondern müssen in die Gewerkschaft kommen, damit wir Forderungen stellen können.« Dazu Moderator Lerch: »Wir freuen uns auf den ersten Schauspielereinstreik in Deutschland.«

SUSANNE STRACKE-NEUMANN

ANZEIGEN

AutorInnengruppe Aufbruch sucht Berliner AutorInnen für professionelle Textarbeit, Veröffentlichungen u. Lesungen. Bei Interesse bitte 1 Normseite Text zum Thema Aufbruch; Vita und Motivation an: doris@bewernitz.net

BÜRORAUM (ca. 16 qm) auf freundlicher, heller Gemeinschaftsetage zu vermieten: Kreuzberg, Nähe Oranienplatz, Netto-Kaltmiete 250 Euro. phone: 0 30-61 30 54 30

Vier Tage hat man in Kuba für ein Buch, heißt es etwas ironisch auf Havannas Straßen. Drei, um es zu lesen, und einen, um es an den nächsten weiterzugeben. Die Kubaner lesen viel und gerne. Doch die Produktion von Papier ist extrem energieintensiv und nur begrenzt möglich auf der ressourcenarmen Karibikinsel. Der Import ist sehr teuer, Bücher sind also Mangelware. Das gilt besonders für alle, die nur über die Standardwährung, die sogenannte Moneda Nacional, verfügen, was bei den meisten Kubanern der Fall ist. Deshalb wird getauscht und verliehen, was das Zeug hält.

Abhilfe für alle Lesehungrigen schafft einmal im Jahr die »Internationale Buchmesse von Havanna«, die in diesem Februar zum 20. Mal veranstaltet wurde.

Die Bezeichnung Buchmesse ist vielleicht etwas irreführend. Anders als in Frankfurt oder Leipzig handelt es sich um kein Treffen der Verlagsindustrie mit Publikum, das mit Lesungen berühmter Schriftsteller und anderen Events gelockt wird. Die »Feria internacional del Libro« ist eigentlich ein Bücher-Outlet, ein riesiger Supermarkt für Lesestoff sozusagen. Hier gibt es Qualitätsbücher zu staatlich subventionierten Preisen. Zwar hat sich Havanna nicht zuletzt wegen der renommierten internationalen Gäste den Ruf der zweitwichtigsten Messe Lateinamerikas gleich hinter der im mexikanischen Guadalajara erworben. Doch im Kern geht es hier darum, preiswert Bücher anzubieten, die während des restlichen Jahres nur schwer zu bekommen sind. Über 700 000 Titel sollen es in diesem Jahr gewesen sein.

Die Buchmesse ist Gesprächsthema. Fast ganz Havanna war schon da, und wer es noch nicht geschafft hat, will noch kommen. So strömen Zehntausende täglich durch die Gänge der alten Festung »La Cabaña«, die majestätisch hoch über der Bucht von Havanna thront. Das Publikum ist entsprechend bunt: Polizisten kommen als Besucher. Soldatinnen in Miniröcken mischen sich mit Jugendlichen, die mit ihren riesigen Gürtelschnallen und noch größeren Sonnenbrillen aussehen, als entstammten sie einem der in Kuba äußerst beliebten Reggaetong-Videos. Rentner treffen auf wuselnde Schulklassen, Gaststudenten auf Familien und auch der eine oder andere hohe Parteifunktionär bahnt sich von Zeit zu Zeit seinen Weg durch die Besucher.

Besonders beliebt sind Bücher mit Gebrauchswert. Stände, die Wörter-

Das Bücher-Outlet von Havanna

Mit ver.di wird Lesestoff auf die 20. »Feria internacional del Libro« gebracht



Bücher im Schaufenster: Anstehen ist hier ganz normal, alle kommen zur alten Festung zum jährlichen Buch-Supermarkt.

Foto: J. Schulten

Koch-, Schul- oder Gartenbücher im Angebot haben, werden nicht besucht, sondern belagert. Nach mitteleuropäischer Befindlichkeit eher zum Weitergehen animierende meterlange Warteschlangen vor den Eingängen dienen hier als Indikatoren für nützlichen Lesestoff. So etwa am Stand eines kubanischen Medizinverlags, vor dem sich seit dem ersten Tag nie weniger als sechzig Mittzwanziger seelenruhig die Füße in den Bauch stehen, um sich fürs neue Semester mit Studienbüchern einzudecken.



Auch Romane und Sachbücher gehen gut. Die gibt es zum Beispiel in der Librería, wo Tausende Titel in alten Supermarktregalen in vier großen Hallen gestapelt sind und zu Pfennigbeträgen unters Volk gebracht werden. Als beispielsweise Eduardo Galeanos Geschichtsepos »Die offenen Adern Lateinamerikas« in schickem Paperback auf den Markt kam, war es innerhalb weniger Stunden ausverkauft.

Die unangefochtenen Stars sind jedoch die unzähligen bunt illustrierten Kinderbücher, die in Plastiktüten an gefühlt jedem vierten Handgelenk baumeln. Gegen »Pinocho« oder »Edad de Oro« hat selbst der uruguayische Fußballpoet Galeano kei-

ne Chance. Überhaupt scheint es, als kämen die Eltern nicht mit ihren Kindern, sondern die Kleinen mit ihren Eltern.

DEN BOYKOTT MIT ERFOLG DURCHBROCHEN

In den Gängen der Festung wimmelt es von fein herausgeputzten Kindern, die Mama und Papa zwischen den Ständen und Spielbuden hin und her manövrieren. Pausiert wird höchstens an einem der unzähligen Eis- und Imbissstände oder beim Stand des »Berliner Büros Buchmesse Havanna«, das von ver.di, der Tageszeitung *junge Welt* und Organisationen der Kuba-Solidarität betrieben wird. Neben zahlreichen Büchern linker deutscher Verlage gibt es dort nämlich auch immer einen Bleistift, einen Luftballon oder sonst ein Gimmick in schickem ver.di-Style. ver.di-Repräsentant Andreas Köhn avancierte so zum Liebling des kubanischen Lese-Nachwuchses.

Das Büro Buchmesse ist seit 2004 in Havanna vertreten. Der damalige Ehrengast Deutschland hatte die Messe wegen der Verhaftung von 75 Regierungsgegnern und -kritikern durch die Regierung Castro boykottiert. Zahlreiche Verlage hatten bereits mit der Planung begonnen und fühlten sich im Stich gelassen, nicht zuletzt, weil sie den Kulturboykott nicht unterstützten. Das Büro Buchmesse sprang ein und durchbrach

gemeinsam mit 35 Verlagen erfolgreich die Blockade.

Zu ihrem 20. Jubiläum präsentierte die Buchmesse in diesem Jahr einen besonderen Ehrengast: Die Staaten des antineoliberalen Integrationsbündnisses der »Bolivarischen Allianz für die Völker Unseres Amerikas«, kurz ALBA. Die meisten Länder Lateinamerikas begehen in diesen Jahren ihr »Bicentenario«, die Feierlichkeiten zu 200 Jahren Unabhängigkeit von den spanischen und portugiesischen Kolonialherren. Mit der Wahl der ALBA als Ehrengast sollte sich Stimmung auch auf der Buchmesse widerspiegeln. Spannung war also geboten, eilt der Feria ohnehin der Ruf voraus, eines der interessantesten Treffen linker Intellektueller weltweit zu sein.

Doch wer Diskussionsrunden mit Politikern und Kulturschaffenden aus Bolivien, Ecuador, Venezuela oder Nicaragua über politische Emanzipation oder Linkswende erwartete, wurde leider enttäuscht. Weder ausländische Politprominenz noch Schriftsteller der ALBA-Staaten waren angereist, um einen Einblick in die verschiedenen und sicherlich spannenden Literaturszenen ihrer Länder zu geben. Das politische Programm der Messe widmete sich in weiten Teilen klassischen Themen wie neuen Büchern über Fidel Castro und Che Guevara.

Dass es trotzdem nicht bei Politfolklore blieb, lag unter anderem am kubanischen Krimigott Leonardo Padura, der sein neues Buch »Der Mann, der die Hunde liebte« vorstellte. Dem deutschen Publikum dürfte der 55jährige vor allem durch seinen Krimizyklus »Das Havanna Quartett« und die entmythisierende Hommage an den großen Reporter und Wahlkubaner Ernest Hemingway bekannt sein. In dem neuen Buch geht es um den russischen Revolutionär Leo Trotzky und seinen Mörder Ramón Mercader, der ihn 1940 im mexikanischen Exil im Auftrag Stalins mit einem Eispickel hingegerichtet hat.

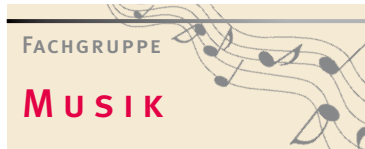
Was das mit Kuba zu tun hat? Mercader verbrachte seinen Lebensabend unter dem Decknamen Jaime Ramón López auf der Insel – getarnt als spanischer Republikaner und mit ausdrücklicher Genehmigung der Regierung Castro.

JOHANNES SCHULTEN, HAVANNA

Nur eine statistische Verschönerung

Schildbürgerstreiche im Stellenpool sollen gestoppt werden

Über 30 Lehrerinnen und Lehrer sollen aus ihrer Musikschule versetzt werden, müssen ihre Schülerinnen zurücklassen, um in eine neue Musikschule zu gehen. Sollen sie einem Lehrermangel in einem anderen



Bezirk abhelfen? Nein, der andere Bezirk muss genau so viel an Unterrichtsstunden abgeben, wie er bekommt, muss also eigenen Honorarkündigen. Und wofür soll das gut sein? Es geschieht aus statistischen Gründen. Die Lehrkräfte gehören zu den wenigen noch verbliebenen angestellten MusikschullehrerInnen. Und diese sind ungleich über die Bezirke verteilt. Geht es um einen gerechten Ausgleich unter den Bezirken? Wieder falsch. Die Bezirke bekommen die Stellen nicht. Sie sind »kw« gesetzt, künftig wegfallend, das heißt: geht die Lehrkraft in Ruhestand, ist die Stelle ebenfalls weg.

Es geht um die Musikschullehrkräfte im ZeP, einer Erfindung des Senats, um den Stellenabbau im Öffentlichen Dienst zu beschleunigen. Früher bekamen Stellen einen kw-Vermerk, und dabei blieb es, bis der

Stelleninhaber in Ruhestand ging. So lange war der Bezirk also auch mit den Kosten belastet. Dann schuf der Senat das zentrale Personalüberhangsmanagement (ZeP), den Stellenpool. Jede eingesparte Stelle kam in diesen Pool. Der Bezirk war sofort von den Kosten entlastet, und die Angestellten konnten sofort dort eingesetzt werden, wo sie gebraucht wurden.

So weit die Theorie. Und die Praxis? Erklärt z.B. ein Bezirk, dass die Aufgabe, Klavierunterricht zu erteilen, weggefallen sei, kann er den Klavierlehrer vom ZeP bezahlen lassen. Das ZeP stellt fest, dass keine Musikschule Stellen für Instrumentallehrer einrichtet, weil freie Stellen

KEIN NUTZEN, ABER VIELEN WIRD GESCHADET

nur noch für die Funktionen ausgeschrieben werden, die man nicht von freien Mitarbeitern verrichten lassen darf. So hat kein Bezirk für den angestellten Klavierlehrer eine Verwendung. Statt nun den Lehrkraft fürs Nichtstun zu bezahlen, leiht der ZeP ihn an seine alte Musikschule zurück und verlangt dafür nur so viel Geld, wie die Musikschule einem freien Mitarbeiter gezahlt hätte. Für die

Musikschule, den Lehrer, seine Schüler ist alles beim Alten geblieben. Nur die Mehrkosten für den Angestellten liegen nunmehr beim Land Berlin, das den ZeP unterhält.

Nun kommt die Politik dahinter, dass der Stellenpool nicht zu einem Erfolgsmodell geworden ist. Man denkt über seine Auflösung nach. Am 20. Januar beriet der Hauptausschuss, wie mit den Musikschullehrkräften im ZeP zu verfahren sei. Der Senat stellte dem Hauptausschuss seine Pläne vor, Dienstkräfte »in einen nicht selbst gewählten Bezirk« zu versetzen, wie man den Zwang schamhaft umschreibt.

Und wie werden die LehrerInnen aufgeteilt? Dafür hat die Senatsverwaltung für Bildung einen Vorschlag parat. Sie greift auf den Bericht der Expertenkommission Volkshochschule und Musikschule zurück, der einen Strukturausgleich zwischen den Bezirken vorschlägt. Die Kommission hatte natürlich nicht an kw-Stellen gedacht, mit denen ein Strukturausgleich nun nicht möglich ist.

Und wenn nicht noch einer das Ganze stoppt, werden also mehr als 30 angestellte Lehrkräfte ihre Schüler wechseln, viele Honorarkräfte werden ihre Schüler verlieren. Viele werden darunter leiden, keinem wird es besser gehen. Außer der Statistik – für ein paar Jahre. **DRE**

KURZMELDUNGEN

Gehaltsabschluss bei Thomson Reuters

Die gewerkschaftliche Tarifkommission und die Chefredaktion Editorial Deutschland der Nachrichtenagentur Thomson Reuters haben am 29. März einen neuen Gehaltsvertrag für die etwa 140 Beschäftigten vereinbart. Die Tarifgehälter steigen linear zum 1. April 2011 um 1,2 Prozent, hinzu kommen leistungsabhängige Erhöhungen zwischen 2,3 und 4,5 Prozent. Das Gesamtvolumen der Steigerungen beläuft sich auf etwa 2,5 Prozent.

TV-L für Theater und Bühnen verbessert

In der dritten Verhandlungsrunde zum Tarifvertrag der Länder (TV-L) konnte am 11. März ein Abschluss für den Bereich Theater und Bühnen erzielt werden. Er sieht für 2011 eine Einmalzahlung von 360 Euro vor sowie die lineare Erhöhung der Entgelte um 1,5 Prozent ab 1. April. Die Steigerung gilt analog für Praktikanten und Azubis, diese erhalten zudem 120 Euro Einmalzahlung. Ab 1. Januar 2012 erhöhen sich die Entgelte um weitere 1,9 Prozent. Hinzu kommt ein Sockelbetrag von 17 Euro, für Praktikanten und Auszubildende von 6 Euro. Es gilt eine Laufzeit bis 31. Dezember 2012.

LESENSWERT

Neuerscheinungen von VS-Mitgliedern

Gabriele Brang »Der gruselige Schulausflug« Kinderbuch, Berenkamp Verlag Innsbruck/Wien 2010

Ulrich Karger »Dicke Luft in Halb- undhalb.« Mit Illustrationen von Hans-Günther Döring. Kinderbuch Edition Gegenwind – BoD, Nordstedt 2011

Gunnar Kunz »Inflation!« Kriminalroman aus dem Berlin der Weimarer Republik. Sutton Verlag 2011

Ilike S. Prick »Sternschnuppenblicke«. Thienemann Verlag/Planet Girl 2011

Bei der Deutschen Welle droht Personalabbau

Konkrete Pläne zur Umstrukturierung liegen bislang nicht auf dem Tisch

Die Rundfunkratsmitglieder mussten am 18. März 2011 den »Weg zum Personalabbau« beschreiten. Beschäftigte der »Deutschen Welle« hatten den Teilnehmern der Rundfunkratssitzung im Berliner Wedding einen roten Teppich ausgerollt und protestierten mit Slogans wie »Alle bauen auf – wir bauen ab« gegen drohenden Personalabbau beim Auslandssender.

Noch sind die mit der aktuellen »Aufgabenplanung 2010 – 2013« bei der Deutschen Welle verbundenen Pläne nicht konkret, doch wird dreistelliger Personalabbau bei festen und freien Mitarbeitern an den Standorten in Bonn und Berlin befürchtet, der im Zusammenhang mit der Multimedia-Strategie des Hauses

stehen soll. Von einer geplanten Zusammenführung von Redaktionen und einer Veränderung der gesamten Programmstruktur im Zuge der



Reform ist die Rede, in Berlin (TV) und Bonn (Radio und Online) gibt es dazu Arbeitsgruppen. Am Berliner Standort Voltastraße soll zwar die Sendedauer für das spanische Fernsehprogramm ausgeweitet werden, wie der zusätzliche Finanzbedarf gedeckt werde, sei jedoch unklar. Andererseits sollen Eigenproduktionen

zurückgefahren und Programmübernahmen ausgeweitet werden. Die Nichtverlängerung der Honorarverträge für fast 40 freie Mitarbeiter aus Tontechnik und Regie in Berlin wird nur als ein Anfang gesehen, der Abbau werde auch vor Festangestellten nicht Halt machen, befürchten Personalräte. Qualifizierte ältere Mitarbeiter scheinen besonders gefährdet. Das Haus habe außerdem bei Neueinstellungen schon seit längerem nur befristete Verträge ausgereicht. Vorschläge von Personalräten und Gewerkschaften, attraktive Vorruhestandsregelungen anzubieten, wurden vom Sender bislang abgelehnt. Stattdessen will das Management jetzt über den bestehenden Rationalisierungsschutzvertrag verhandeln. **NEH**

MEDIENGALERIE

Vom 28. April bis 20. Mai zeigt die Ausstellung »Du hast mehr verdient!« gewerkschaftliche 1. Mai-Plakate. Die Schau entstand in Zusammenarbeit mit Jacques Schwarz. Zur Eröffnung am 28. April, 19 Uhr, sprechen Doro Zinke, Vorsitzende DGB Berlin-Brandenburg, und Jacques Schwarz, Stadthistoriker. Im Rahmen der Ausstellung findet am 18. Mai 2011 um 18 Uhr eine Veranstaltung zum Thema »Selbstaufgabe als Überlebensstrategie? Zur Vorgeschichte des 1. und 2. Mai 1933« statt. Thesen zur Diskussion liefern ver.di-Archivleiter Hartmut Simon und Jacques Schwarz.



Am 25. Mai wird in der MedienGalerie dann die Ausstellung »Vom KZ Columbiahaus zur Zwangsarbeit auf dem Tempelhofer Feld« eröffnet, die der Förderverein zum Gedenken an Naziverbrechen am und auf dem Tempelhofer Feld e.V. erarbeitet hat. Zur Vernissage am 25. Mai, 18 Uhr, spricht der Historiker Kurt Schilde. Die Schau, die bis 1. Juli läuft, wird von einer Veranstaltung am 29. Juni, Beginn 18 Uhr, begleitet. Es geht um »Zwangsarbeit in der Rüstungsproduktion«, als Gast ist der Historiker Thomas Irmer angefragt.

LITERATUR

VS-Stammtisch: Jeden ersten Donnerstag im Monat im »Terzo Mondo«, ab 19 Uhr, Grolmannstr. 28, zwei Minuten vom U-Bhf. Uhlandstraße (U 15) oder vom S-Bhf. Savignyplatz entfernt

THEATER & BÜHNEN

Sitzungen des Geschäftsführenden Vorstands der FG 10 am 2. Montag des Monats. Infos: Tel. 030-88 66-54 12.

»Transition Schemes for Dancers«: Umschulungsprogramme und Karriere-möglichkeiten für Tänzer werden zum Abschluss des EuroFIA-Projektes 2010/2011 vorgestellt und debattiert. Die Veranstaltung im Rahmen der FIA-Weltkonferenz mit international besetzter Podiumsdebatte fin-

det am 26. Juni von 10.30 bis 16.30 Uhr in der ver.di-Bundesverwaltung, Paula-Thiede-Ufer 10 statt.

SENIOREN

Senioren-ausschuss FB 8: Mitgliederversammlungen am 11. April (Raum 4.12) und 27. Juni (Raum 2.12), jeweils 11 Uhr, ver.di-Haus Köpenicker Str. 30. http://bb.ver.di.de/frauen_gruppen/seniorinnen_und_senioren

Rundfunksenioren: Mitgliederversammlung am 4. Mai, 14 Uhr, im ND-Gebäude, Franz-Mehring-Platz 1, Thema: Kuba heute, mit Heinz Langner, langjähriger DDR-Botschafter

Sommerfest am 22. Juni, 14 Uhr, im Biergarten des »Springbornclub«, Johannisthal, mit Rolf Liebeskind (Musik)

PRO: 18. Mai, Buchvorstellung »Die Flachzangen aus dem Westen« mit Autor Klaus Huhn; 1. Juni, Die Zentrale, Geschichte des Karl-Liebknecht-Hauses, Autor Ronald Friedmann, jeweils 18 Uhr, Kieffholzstraße 275

ADN-Senioren: Am letzten Montag jedes Monats (außer Dezember) um 14 Uhr in der Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Torstr. 203-206, 10115 Berlin.

»Alte-Barden-Runde«: Jeden zweiten und vierten Mittwoch im Monat um 15.00 Uhr im Restaurant »Alter Krug«. Dahlem, Königin-Luise-Str. 52, 14195 Berlin.

AKTIVE ERWERBSLOSE

Die Erwerbslosen von ver.di Berlin treffen sich jeden 2. und 4. Donnerstag um 17.30 Uhr in der Köpenicker Str. 30. Kontakt: Claudia Spreen, Tel.: 030 / 626 62 45, claudia.spreen@verdi-berlin.de und Martin Flamm, martin.flamm@verdi-berlin.de

VERMISCHTES

Freunde der internationalen Plansprache Ido treffen sich freitags um 15 Uhr im ver.di-Haus Köpenicker Str. 30, 10179 Berlin, Raum 1.12

Romantische Lieder zum Frühling bringt der ver.diChor e.V. unter der Leitung von Nataliya Chaplygina am 8. Mai 2011, 16 Uhr zu Gehör. »Im Grün erwacht« heißt das Programm u.a. mit Werken von Schubert, Brahms und Mendelssohn Bartholdy. Ort: Alte Kapelle im Evangelischen Kran-

FAST VERGESSENE SCHRIFTSTELLERINNEN UND SCHRIFTSTELLER

Karl Vollmoeller (1878-1948) vorgestellt von Frederik D. Tunnat
Motto: Leben als Gesamtkunstwerk

Karl Vollmoeller, geboren in Stuttgart, studierte Archäologie, klassische Philologie, Kunst und zeitweise Malerei an den Universitäten Berlin, Bonn und Paris. Als Schüler begann er Gedichte zu schreiben, um sie als Student zu vollenden. Sie begeisterten nicht nur ein breites Publikum, sondern auch Stefan George, Hugo von Hofmannsthal, Rilke, Stefan Zweig und viele mehr. Als Dramatiker und Übersetzer machte sich Vollmoeller ebenso einen Namen, wie als Flugpionier und Rennfahrer. Seine Stücke gehörten bis zum Ende der Weimarer Republik zu den weltweit meistgespielten. Einen Namen machte sich Vollmoeller zudem als Drehbuchautor für Filme wie »Der Blaue Engel«. Der Schauspieler Frank Ciazynski wird aus Vollmoellers Gedichten, Novellen sowie seinem Altersroman lesen.

Donnerstag, den 16. Juni 2011, 19.30 Uhr, im Literaturhaus Berlin, Fasanenstr. 23, Kaminraum. Eine Veranstaltung des Berliner Verbandes deutscher Schriftsteller (VS) in Zusammenarbeit mit dem Kulturwerk Berliner Schriftsteller e.V. Der Eintritt ist frei. Informationen unter 030/88 66-54 02

kenhaus Königin Elisabeth Herzberg in Berlin-Lichtenberg. Eintritt frei. Wer Lust auf mehr bekommt: Es werden noch Tenöre und Bässe gesucht: www.verdichor.de

MEDIEN

Tagesseminar: »Existenzgründung für Einzelunternehmer und Mikrounternehmen« am 31. Mai 2011. Es werden Kenntnisse zu den Rahmenbedingungen einer Existenzgründung als freiberuflicher bzw. gewerblicher Einzelunternehmer oder in Kleinstunternehmen vermittelt. Schwerpunkte: Existenzgründung aus der Arbeitslosigkeit, Gründungsplanung und Risikominimierung, Förderungsmöglichkeiten (z.B. Gründungszuschuss, Einstiegsgeld), Abgrenzung freiberufliche und gewerbliche Tätigkeit, Anmeldeformalia, soziale Absicherung, betriebswirtschaftliche und steuerliche Aspekte, Gemeinschaftsgründungen. Das Seminar findet von 9.30 bis 16.30 Uhr im ver.di-Haus Köpenicker Str. 30, Raum 5.12 statt. Referent: Bernd Hubatschek, MKK-Consult. ver.di-Mitglieder 13 Euro, Nichtmitglieder 50 Euro. Anmeldung: Tel.: 030/88 66-41 06, E-Mail: Andreas.Koehn@verdi.de, Post: ver.di Berlin-Brandenburg, FB 8, Köpenicker Str., 30, 10179 Berlin

Medientreff für dju-Mitglieder und freie Medienschaffende aus Privatrundfunk, Film, AV-Produktion und Neuen Medien an jedem zweiten Dienstag im Monat ab 19 Uhr in Sloppy Joe's Bar, Elisabethkirchstraße 3 (zwischen S-Bahn Nordbahnhof und U-Bahn Rosenthaler Platz) siehe: www.dju-berlinbb.de

Actorstable für Darstellerinnen und Darsteller der Film- und Fernsehbranche an jedem ersten Montag im Monat ab 18 Uhr im Café Rix, Karl-Marx-Str. 141 (direkt U-Bhf. Karl-Marx-Str.) Rückfragen: Tel. 030-8 34 16 01, Evelin Gundlach.

IMPRESSUM

SPRACHROHR – Mitgliederzeitung des Fachbereiches Medien, Kunst und Industrie Berlin-Brandenburg

Herausgeber: ver.di-Fachbereich 8 Medien, Kunst und Industrie Berlin-Brandenburg.

Redaktion: Andreas Köhn (verantwortlich), Anschrift von Herausgeber und Redaktion: Köpenicker Str. 30, 10179 Berlin. Tel: 030/88 66-6.

Redaktionelle Betreuung: Helma Nehrlich, transit berlin. pro media, Torstraße 177, 10115 Berlin, Tel.: 030/61 30 96-64, Fax: 030/61 30 96-66. nehrlich@pressebuero-transit.de

Gestaltung / Produktion: bleifrei Medien + Kommunikation/Claudia Sikora, Prinzessinnenstraße 30, 10969 Berlin, Tel: 030 / 61 39 36-0, info@bleifrei-berlin.de

Anzeigenannahme: bleifrei Medien + Kommunikation

Druck: apm AG Darmstadt
Auch unverlangt eingesandte Manuskripte werden sorgfältig behandelt. Sprachrohr erscheint fünfmal im Jahr, Bezugspreis 5 Euro pro Jahr, für ver.di-Mitglieder im Beitrag enthalten.

Der ver.di-Fachbereich 8 vom Landesbezirk Berlin-Brandenburg im Internet:

www.medien-kunst-industrie.bb.verdi.de

Sprachrohr 3/2011 erscheint Anfang Juli
Redaktionsschluss am 25. Mai 2011

Ausbeutung von PraktikantInnen? Nein Danke!

Erfolgreiche ver.di-Klage bringt fünfstellige Lohnnachzahlung

In der Theorie klingt es gut: Ein Praktikum ist von vornherein auf eine bestimmte Dauer begrenzt, es dient dem praktischen Erlernen neuer Kenntnisse und Fähigkeiten. Ein lediglich schlechtbezahltes Arbeitnehmerverhältnis ist es nicht. Sinngemäß sagt dies zumindest die deutsche Rechtsprechung. Die Realität sieht leider oft anders aus. Vielfach werden heute Praktika von Unternehmen als Einsparinstrumente geschätzt, mit denen sich Sozialabgaben und tarifgerechte Bezahlung umgehen lassen. Dass es sich lohnen kann, gegen solcherlei Übel vorzugehen, zeigt der Fall der ehemaligen Praktikantin Annalena Fuchs: Nach einer Beratung durch das ver.di-Projekt connex.av reichte sie Klage ein und erhielt erstinstanzlich Recht.

In ihrem Heimatland hatte die gebürtige Österreicherin erfolgreich ein Studium als Diplom-Übersetzerin abgeschlossen. Vor zweieinhalb Jahren kam sie nach Berlin, um in der Synchronisationsbranche Fuß zu fassen. Bald stellte sie fest, dass dies viel schwerer war als erwartet. Im Studentemagazin Unicum fand sie schließlich ein Praktikantengesuch der Babelsberger Produktionsfirma Lavendelfilm. »Die Anzeige klang interessant, es wurde ein umfangreiches Tätigkeitsfeld geschildert, das

daneben erledigten sie und vier weitere Praktikanten Büroarbeiten, erbrachten Managementleistungen, kümmerten sich um alles vom Casting über den Schnitt bis hin zur Mischung. »Wir waren fest in den Arbeitsprozess integriert«, erinnert sich Annalena. Kein Wunder bei nur drei regulär Beschäftigten der Firma Lavendelfilm!

Als Annalena nach dem »Praktikum« wegen einer Übernahme nachhakte, kamen Ausflüchte: Die wirtschaftliche Lage sei gerade schlecht, als kleine Firma könne man sich nicht so stark vergrößern. Allenfalls bestehe die Möglichkeit, ein wenig freiberuflich mitzuarbeiten. »Da war mir klar, dass alles nur eine Masche gewesen war«, sagt die Übersetzerin. Am Ende sollte sie sogar noch ihre Nachfolgerin einarbeiten. Glücklicherweise war Annalena bereits zu Beginn des Praktikums in ver.di eingetreten. Sie wandte sich an Kathlen Eggerling, Projektmanagerin bei connex.av, der ver.di-Interessenvertretung von Medienschaffenden in Rundfunk, Film, AV-Produktionen und Neuen Medien. »Annalena kam zu mir über einen engagierten RBB-Journalisten, der sie darin bestärkt hatte, sich zu wehren«, so Eggerling. In einem ausführlichen Gespräch habe man die Fakten geklärt. »Das Praktikumszeugnis sagt eindeutig, dass Annalenas Arbeit im Betrieb fest eingeplant war«, so Eggerling weiter. Daher habe sie zur Klage geraten und den Fall an ver.di-Rechtsanwalt Steffen Damm weitergeleitet, der die Vertretung vor Gericht übernahm.

»Auch kleine Unternehmen müssen begreifen, dass sie sich nicht einen Stall voll Praktikanten halten können, die für sie alle Arbeit machen«, erklärt Eggerling. Wer Arbeitnehmerleistungen erbringe, müsse auch entsprechend bezahlt werden. Kathleen Eggerling hat ausgerechnet, was Annalena für ihre Tätigkeit nach Tarif zugestanden hätte.

Das Arbeitsgericht Potsdam hat im August 2010 zunächst für eine gütliche Einigung plädiert, welche die Chefin von Lavendelfilm jedoch ablehnte. Beim Kammertermin im Oktober wird ein Vergleich in Höhe von rund 1.800 Euro vorgeschlagen. Annalena reicht das nicht, sie widerruft. Zwei Monate später sprach der Richter ihr eine Lohnnachzahlung von über 11.000 Euro brutto zu.

Noch muss sie auf das Geld warten; die frühere Chefin hat gegen das Urteil Berufung eingelegt, weil Annalena von der EU für ein Praktikum gefördert worden sei. Genau dies habe sie bei Lavendelfilm abgeleistet. Doch ein Praktikum war es

VIELE WAGEN NICHT, SICH ZU WEHREN

eben gerade nicht, sondern ein Arbeitsverhältnis, urteilte das Gericht. Der Fall geht nun in die nächste Instanz. Anfang Juni soll die nächste Verhandlung stattfinden. Erneut wird ver.di-Anwalt Steffen Damm Annalena vertreten. Gut vorbereitet gehen beide in die nächste Runde. Kathlen Eggerling ist zuversichtlich: »Mit dem

Urteil des Arbeitsgerichts Potsdam ist ein wichtiger Zwischenschritt erreicht«. Dass sich Annalena zur Klage entschieden hat, sei ein Glücksfall. Solche Beispiele seien leider selten. So habe in Bayern etwa eine Praktikantenklage auf Feststellung des Arbeitnehmerstatus mit einem Vergleich geendet.

Zwar höre man immer wieder davon, dass Praktikantinnen und Praktikanten ausgebeutet werden. Meist trauen sich diese jedoch nicht, sich zu wehren. »Die Angst vor negativen Folgen für den weiteren Werdegang ist groß.« Dennoch machte Annalenas Mut bereits Schule: Er hat schon eine weitere ehemalige Mitpraktikantin ermutigt, die mit ihr zusammen gearbeitet hat. Inzwischen klagt auch diese auf Lohnnachzahlung. UTE CHRISTINA BAUER

ANZEIGE

Des Kaisers neue Kleider?



Lassen Sie sich nichts vormachen. Profis recherchieren mit Presseausweis.

Der aktuelle Presseausweis 2011 steckt in den Taschen zehntausender professioneller JournalistInnen. Immer griffbereit. Denn er legitimiert gegenüber Behörden, Veranstaltern und Polizisten. Bei Akkreditierungen, Recherchen vor Ort, bei politischen und sportlichen Großereignissen, in Archiven und Unternehmen. Er weist die Inhaber als hauptberuflich tätige JournalistInnen aus. Er hilft ihnen weiter.

Presseausweise bei ver.di Berlin-Brandenburg, Köpenicker Str. 30, 10179 Berlin, Tel. 030/88 66-54 20, Mo./Di. 9 – 16.30, Mi. 9 – 14, Do. 13 – 17 Uhr; www.dju-berlinbb.de

FEST INTEGRIERT IN DEN ARBEITSPROZESS

Einblick in alle möglichen Prozesse bot«, erzählt Annalena. Ein weiterer wichtiger Aspekt, sich für diese Firma zu entscheiden: Im Telefongespräch habe die Chefin eine anschließende Übernahme durchaus möglich erscheinen lassen. Mit der Absicht, viel zu lernen, fing Annalena im November 2008 bei Lavendelfilm an. Den Wermutstropfen von nur 200 Euro monatlich nahm sie in Kauf, ihren Unterhalt konnte sie mithilfe eines EU-Stipendiums, das Auslandspraktika mit 500 Euro pro Monat fördert, knapp bestreiten. Hochmotiviert kniete sie sich rein, leistete Überstunden. Anleitung gab es kaum, von Anfang an musste sie eigenverantwortlich ganz normale Arbeitnehmerleistungen erbringen. So übersetzte sie eigenständig 16 Folgen der US-Fernsehserie Gossip Girl;